

## DIE VERLORENEN INSELN\*

Ein Beitrag zur Erforschung der nationalen Auseinandersetzung  
und Umvolkung in Mittelmähren

Von *Johanna Spunda*

### *Vorbemerkung*

Mittelmähren, das klassische Land deutscher Sprachinseln, die zum größten Teil Siedlungen des 13. Jahrhunderts waren, wurde in den letzten Jahrzehnten Österreich-Ungarns der Schauplatz scharfer nationaler Kämpfe wie auch friedlicher Umvolkungen. Im Spiel der wirtschaftlichen und politischen Kräfte ging der Zug vor 1900 meist nach der deutschen Seite, dem Sog Wiens folgend, der in Mähren wesentlich größer war als in Böhmen. Erst mit dem Erstarken des tschechischen Nationalbewußtseins, also hier nach 1910, ging er nach der tschechischen Seite.

Der besprochene Raum umfaßt das kulturelle und wirtschaftliche Einflußgebiet von Olmütz, der alten Hauptstadt Mährens, und entspricht im wesentlichen dem Raum der mittleren March und ihrer mittelmährischen Zuflüsse. Naturgemäß steht daher auch Olmütz im Mittelpunkt der Darlegungen. Der betrachtete Zeitraum umfaßt in der Hauptsache die letzten 30 Jahre, als Mähren noch österreichisch war, reicht also von den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts bis zum Tode Kaiser Franz Josephs. Es ist das die Zeit des Erwachens des deutschen und tschechischen Nationalismus in Mähren, die durch die Absteckung der Fronten der um diese Zeit gegründeten

---

\* Die vorliegende Darstellung des Nationalitätenkampfes in den mährischen Sprachinseln stützt sich in der Hauptsache auf deutsche Zeitungsberichte und Darstellungen. Wenn auch die Verfasserin immer bestrebt war, dem deutschen wie dem tschechischen Standpunkt mit Verständnis zu begegnen, bringt es doch die Beschränkung auf meist deutsche Quellen mit sich, daß dem deutschen Aspekt ausführlicher Rechnung getragen wird als dem tschechischen. Da der Wert dieser Arbeit aber vornehmlich in der reichhaltigen, auf örtlichen Materialien aufbauenden Darstellung der am Volkstumskampf beteiligten Organisation, ihrer Methoden und Ziele, sowie in der mit zahlreichen Zitaten wiedergegebenen geistigen Atmosphäre der nationalen Auseinandersetzung liegt, dürfte sie eine Grundlage für einen selbstkritischen und nach bestem Wissen vorurteilsfreien Rückblick und zugleich ein Anhaltspunkt für künftige Gespräche der beteiligten Völker sein. Auch die enge Verknüpfung von nationaler und sozialer Frage, von Nationalismus und Antisemitismus tritt in der vorliegenden Darstellung deutlich zutage und kann der Wahrheitsfindung auf beiden Seiten dienen. In diesem Sinne möge J. Spundas Beitrag verstanden werden.

Die Redaktion

nationalen Schutzvereine beider Völker bezeichnet ist, mit Beginn des Weltkrieges noch einmal vom gemeinsamen österreichischen Gedanken überdeckt wird, 1918 aber die politischen Ziele des tschechischen Volkes erreicht. Damit war die deutsche Siedlungsbrücke zerstört, die von Niederösterreich nach Nordmähren und Schlesien führte.

Die Art der Veröffentlichung macht eine Teilung der Arbeit erforderlich. Der erste Abschnitt befaßt sich vornehmlich mit der Entwicklung und Tätigkeit der volkspolitisch wirksamen Organisationen Mittelmährens, während der zweite Teil der Arbeit, der im 3. Band dieses Jahrbuches erscheinen wird, in der Hauptsache den Verlauf des Volkstumskampfes in den einzelnen Städten und Sprachinseln darstellen soll\*\*.

## ERSTER TEIL

### *Der mährische Ausgleich*

Wenn Böhmen, allseitig von Gebirgen eingeschlossen, von Natur aus zentral orientiert ist und kaum einen breiten Weg zu seinen Nachbarn hat, so führt dagegen in Mähren die March durch eine weite Ebene nach Wien und hat nur in der Hanna, der kleinen Ebene um Olmütz, ein eigenes Zentrum. Diese landschaftliche Verschiedenheit prägte auch die Menschen und ihre Geschichte verschieden. Böhmen war immer von Prag bestimmt und sah auch in österreichischer Zeit in Prag seine eigentliche Hauptstadt und das Königreich der Přemysliden als die Verkörperung seiner historischen Träume, die niemals ganz verblaßten. Mähren dagegen wurde immer weitgehend von Wien geprägt, nicht nur politisch, sondern auch im Charakter seiner Menschen.

Über die Bevölkerung Mährens vor 1880 sind uns heute nur Rückschlüsse möglich: Die Amtssprache war bis zu den Hussitenkriegen vielfach deutsch. Nach diesen Kriegen wurden Landtag und Landrecht slawisch geführt, doch standen auch jetzt deutsche und slawische Stadtschreiber nebeneinander. Eingaben wurden meist in der Sprache der Eingabe erledigt. Seit dem Dreißigjährigen Krieg, als der Fürst Liechtenstein die meisten Besitzungen der Grafen Žerotín von Kaiser Ferdinand geschenkt bekommen hatte, wurde die Geschäftssprache in diesen Gebieten zunehmend deutsch, doch waren um 1800 beide Sprachen einander gleichgestellt (Brl.).

Wir wissen auch nichts über den Bevölkerungsschlüssel während dieser Jahrhunderte. In seiner „Topographie des Markgraffthums Mähren“ von 1830 meldet Wolny „224 deutsche und 198 mährische Volksschulen. Die Mehrzahl der Bevölkerung gehört der deutschen Zunge an“.

---

\*\* Die innerhalb des Textes stehenden eingeklammerten Abkürzungen beziehen sich auf die Quellen, die am Ende dieses Aufsatzes angeführt sind. Dazu ist jeweils Jahrgang und Seitenzahl, bei Zeitungsartikeln das Datum des Blattes vermerkt.

Genauer sind die andern Angaben aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Es melden (laut Fischer):

Šáfárik, Slovanský národopis, 1841:

38 000 Juden, 1 546 000 Slawen, 603 000 Deutsche.

Josef Hain, Statistik des Oesterreichischen Staates, 1846:

40 064 Juden, 1 493 749 Slawen, 716 108 Deutsche.

Karl Freiherr v. Czoernig, Ethnographie der österreichischen Monarchie, 1857:

753 383 Mährer, u. zw.

253 232 Horaken

412 152 Hannaken

14 143 Wallachen

73 877 Slowaken

497 654 Deutsche, u. zw.

313 699 Franken (Nordmähren)

183 955 Oesterreicher (Südmähren)

40 200 Juden.

Doch erst die amtliche Volkszählung von 1880 brachte verlässliche Zahlen:

1880: 1 507 328 Tschechen (70,43<sup>0/0</sup>) und 628 551 Deutsche (29,36<sup>0/0</sup>)

1890: 1 590 513 Tschechen (70,34<sup>0/0</sup>) und 664 168 Deutsche (29,37<sup>0/0</sup>)

1900: 1 727 270 Tschechen (71,36<sup>0/0</sup>) und 675 492 Deutsche (27,90<sup>0/0</sup>)

1910: 1 875 876 Tschechen (70,77<sup>0/0</sup>) und 739 863 Deutsche (27,91<sup>0/0</sup>)

1921: 2 048 462 Tschechen (78,29<sup>0/0</sup>) und 547 604 Deutsche (20,92<sup>0/0</sup>)

Um 1848 finden wir, daß die „Moravané“, d. s. die slawischen Bewohner Mährens den Tschechen, den slawischen Bewohnern Böhmens, gegenüber ihre Selbständigkeit bewahrten (Brl.). Sie empfanden stärker österreichisch und der Prager Traum vom Königreich des heiligen Wenzel war ihnen weniger lebendig als „Náš císař pán“, als der Kaiser in Wien. So leisteten sie auch der Einladung zur Beschickung des Frankfurter Parlaments 1848 weitgehend Folge, welche die Tschechen unter Führung Palackýs glatt ablehnten. Ja, noch 1910 muß Richard Fischer gegen die Bauern in Mittelmähren kämpfen, die sich als „Moravané“ (= Mährer) oder „Hanáci“ (= Hannaken) und nicht als Tschechen fühlten und versuchten, sich in ihrer verbindlicheren mährischen Mentalität gegen die nationalbewußteren Bewohner Böhmens abzuschirmen.

1883 spricht der „Pozor“ in Mähren von „Horáci“ (auf den Höhen des Böhmischo-mährischen Höhenrückens), „Hanáci“ (an der mittleren March), „Dyjané“ (an der Thaya) und „Sudetäné“ (an der oberen March) und verlangt, daß sie ihren Dialekt als Schriftsprache ausbauen, wie es die Slowaken tun (MT 1. 12. 83).

Doch mit der Heimkehr der mährischen Studenten von der 1882 abgezwigten tschechischen Universität in Prag in ihre heimatlichen Dörfer und Kleinstädte wurde das Prager Tschechisch für alle mährischen Stämme Schriftsprache und die mährischen slawischen Sprachformen zu belanglosen Dialekten, die besonders nach 1918 ebenso wie die Volkstrachten nur noch von den Volkskundlern gepflegt wurden. Nun heißt es nur noch in den Aufrufen: „Moravané a Čechové“ (= Mährer und Böhmen). Ein zweideutiges Wortspiel, das sich besonders bei Übersetzungen in fremde Sprachen ver-

hängnisvoll auswirkte, bis 1945. Denn in Böhmen (= Čechy) können natürlich nur Böhmen (Češi) wohnen, und die Deutsch-Böhmen sind bei dieser Übersetzungskunst einfach verschwunden. Und ebenso ist es mit Mähren. Moravané sind sowohl alle Bewohner des Landes Mähren (= Morava) als auch im besonderen alle slawischen Bewohner des Landes; die Deutschen Mährens sind also durch den gemeinsamen Namen verloren gegangen.

Warum sich die österreichische Bürokratie bis 1880 mit Erfolg sträubte, die Nationalität unter ihre Erhebungen bei der Volkszählung einzubeziehen, bringt die Begründung zum Gesetz über die österreichische Volkszählung von 1869 wie folgt zum Ausdruck:

„... Aus all diesen Erörterungen folgt mit ziemlicher Evidenz, daß die Nationalität kein Moment ist, welches eine individuelle Ermittlung zuläßt, da sie weder aus dem Individuum abgeleitet, noch bei demselben gesucht, folglich auch nicht auf dem mechanischen Weg des Census festgestellt werden kann, da gleich vielen anderen statistischen Merkmalen (z. B. Vitalität und Mortalität) auch die wirklichen Verschiedenheiten der Nationen sich nur in Durchschnitten zeigen, somit den Gegenstand einer wissenschaftlichen Untersuchung bilden“ (Brl.).

Ab 1880 wurde die „Umgangssprache“ gezählt, also ein wesentlich weniger klarer Begriff als die „Volkszugehörigkeit“, vielfach umstritten und vielfach mißbraucht. Seit 1921, in der ČSR heißt es dann: „Die Nationalität wird festgestellt durch ein direktes, freies Bekenntnis jedes anwesenden Bewohners, welcher Nationalität er ist.“

Im geschlossenen Sprachgebiet oder in großen Städten, wo es jedem Menschen frei steht zu verkehren mit wem er will, wird diese nationale Zugehörigkeit in den meisten Fällen klar sein. „Je kleiner aber der Ort ist, desto größer ist die Notwendigkeit, mit allen Menschen des Orts zu verkehren. In gemischten Orten ist also jeder genötigt, beide Sprachen zu beherrschen. Dadurch werden Mischehen gefördert und nationale Gleichgültigkeit. Diese labilen Familien werden nun durch äußere Umstände (Nachbarorte, Arbeitsplatz, die größere Nachbarstadt als Einkaufsort und Sitz von Behörden) beeinflußt, durch nationale Propaganda von Vereinen oder des Staates, nicht zuletzt durch die Schule und Gründe unmittelbarer Zweckmäßigkeit“ (Brl.). Vor den Volkszählungen geht daher gerade um diese labilen Familien der Kampf, ebenso wie vor den Wahlen und vor den Schuleinschreibungen im Herbst.

Hat das Schicksal nun noch einem Gebiet mit derart unausgesprochener Volkszugehörigkeit einer Nation führende Persönlichkeiten oder mitreißende Ideen versagt, dann ist mit ihrer Umvolkung mit Sicherheit zu rechnen.

Daß gerade Mähren das klassische Land der Umvolkung in seinen Sprachinseln wurde, so wie Böhmen zum Land schärfsten Nationalitätenkampfes, hängt nicht zuletzt auch von der verschiedenen Mentalität der Böhmen und Mährer ab. „Zwischen den Tschechen und Deutschen herrschen in Böhmen Feindseligkeit und Argwohn, wo so lange ein Krieg, wenn auch mit friedlichen Mitteln, tobte. Wenn die andern slawischen Völker fest-

stellten, daß die Tschechen zu stark germanisiert, ja selbst verpreußt sind, so meinen sie damit die Tschechen Böhmens. Es ist bezeichnend, daß die hussitische Bewegung in Mähren sich zur kontemplativen Religion der Brüderkirche entwickelte, und bezeichnend auch, daß Kramář ein gebürtiger Böhme und Masaryk ein gebürtiger Mährer war" (Wisk. 109).

„Die Mährer sind liebenswürdiger und freundlicher. So wie die Hügel bei Brünn sanft und liebenswürdig sind, so hat auch das Volk etwas Wienerisches an sich. Böhmen ist gleich weit von der Donau und von Norddeutschland, aber in Mähren weiß man, daß die Donau nahe ist, und kennt die Farbe, die sie dem Leben leiht. Im Norden und Süden sind geschlossene deutsche Siedlungsgebiete, aber das Problem Mährens sind seine Sprachinseln . . ." So weit die Engländerin Wiskemann, noch 1938.

So kam es 1848 in Prag unter Führung der Studenten zu einer blutigen Revolution, die Fürst Windischgrätz mit Gewalt niederwerfen mußte, während die Olmützer Studenten an der damaligen mährischen Universität dem mißliebigen Weihbischof Baron Thysebaert eine Katzenmusik darbrachten.

Erst durch die Verbreitung des Prager Schrift-Tschechisch, durch die Flut der Prager oder doch im Prager Geist geschriebenen Zeitungen, durch die gesamte, von Prag bestimmte tschechische Literatur, und vor allem durch die junge Intelligenz, die an der 1882 gegründeten tschechischen Universität studiert hatte und national ausgerichtet worden war, und die im Ferieneinsatz und später in ihren verschiedenen gehobenen Berufen als Zellen eines erwachten Volkstums bis ins letzte mährische Dorf, in die letzte Arbeiterwohnung ihren Einfluß ausübte, wurden aus den Moravané ebenso leidenschaftliche Češi wie in Böhmen. Nun flammte auch in Mähren der Volkstumskampf in aller Heftigkeit auf, Tábory (= Aufmärsche) führten die Menge auf die Straße, um politische Forderungen Prags zu unterstreichen, und leidenschaftlicher Nationalismus formte schon die Kinder zu „národovci", zu bewußten Tschechen. Kinder aus gemischten Orten wurden nach Prag eingeladen und fürstlich bewirtet. In der Abschiedsrede hieß es dann „Seid stolz, daß ihr Tschechen seid! Wie könnt ihr den Dank an eure Gastgeber abstaten? Nur dadurch, daß ihr versucht, stolz auf euer Tschechentum zu sein und eure Nation nie zu verleugnen!" (MT 6. 8. 10).

Parolen wie „Já jsem Čech a kdo je víc?" (= Ich bin ein Tscheche, und wer ist mehr?) suchten den Nationalstolz anzusprechen und die seit Jahrhunderten herkömmliche Hochachtung und überlieferte Neigung zur Anpassung und Gefälligkeit durch ein schroffes Selbstbewußtsein zu ersetzen. Diese Methoden der Umerziehung ihres Volkes schreckten vor nichts zurück, die Kampflieder, „Hej, Slované" vor allem, wurden nun auch den Mähren geläufig. Im Besední Dům (Gesellschaftshaus) zu Brünn wurde z. B. während der Kampfzeit gegen Baron Gautsch ein Zylinderhut aufgestellt, der „Gautsch" hieß. Für einen Faustschlag auf diesen Zylinder samt begleitenden Flüchen mußte der národovec auf den daneben stehenden Teller 10 Kreuzer für die Matice Školská (den tschechischen Schulverein) legen. Das Geld soll reichlich geflossen sein (MT 18. 9. 87).

Doch gab es in dieser Wirrnis auch vernünftige Überlegungen. Deutsche und tschechische Eltern gaben ihre Kinder über die Sommerferien, die ja in Osterreich 2 Monate lang dauerten, in Tausch, damit sie die fremde Sprache erlernen könnten, oder ließen sie auch ein ganzes Schuljahr in der fremden Umgebung (MT 4. 10. 94). Das war umso notwendiger, als der Tschechisch-Unterricht an den deutschen Schulen meist recht stiefmütterlich behandelt wurde oder überhaupt fehlte, während die tschechischen Kinder an all ihren Schulen auch eifrig Deutsch lernten. Daraus ergab sich bei den Beamten-Anwärtern, daß die tschechischen Bewerber beide Landessprachen, die Deutschen dagegen meist nur ihre Muttersprache beherrschten, dadurch also von Anfang an ins Hintertreffen gerieten. —

Mähren war vor 1850 in 6 Kreisämter eingeteilt, und diese hatten an der Spitze einen „Gouverneur“. Es waren: Brünn, Olmütz, Iglau, Znaim, Ung. Hradisch und Prerau. Unter Leitung dieser staatlichen Kreisämter hatten die Herrschaften der Landtafel-Lehengüter durch ihre Beamten alle politischen, steuerrechtlichen und juridischen Geschäfte 1. Instanz zu führen. Die meisten der Herrschaften waren im Besitz deutscher Adelige. Nach 1850 übernahm der Staat, also eine national neutrale Stelle, wenn auch durch deutsche Beamte, diese Herrschaftsrechte. Seit 1855 trat an ihre Stelle die k. k. Bezirkshauptmannschaft, die ein kleineres Gebiet umfaßte, oft auch noch in Gerichtsbezirke unterteilt war und an deren Spitze der k. k. Bezirkshauptmann stand, vom Kaiser ernannt und dem k. k. Statthalter von Mähren unterstellt, also unabhängig vom Landtag. Diese Bezirkshauptleute entstammten in den ersten Jahrzehnten fast durchwegs dem deutschen niederen Adel. Am 10. Juli 1868 trat die neue Verwaltungsordnung in Kraft, die den modernen Beamtenapparat aufbaute, und den Gemeinden, vor allem aber den kreisfreien Städten (z. B. Olmütz und Brünn) weitreichende Selbstverwaltungsrechte einräumte (Stat. Jb.).

Gleichzeitig entwickelten sich die Landtage zu immer größerer Selbständigkeit. Sie wurden, ebenso wie der Reichsrat und alle anderen öffentlich rechtlichen Einrichtungen, von den nach ihrer Steuerleistung in 3 Gremien eingeteilten Wählern nach dem einfachen Mehrheitswahlrecht öffentlich und mündlich gewählt.

1848 fanden in Osterreich die ersten Reichsratswahlen statt, und zwar bald nach den Wahlen zum Frankfurter Parlament. Von den 28 Wahlbezirken Mährens waren für Frankfurt tatsächlich in 20 Bezirken die Wahlen durchgeführt worden. Von Olmütz wurde Univ.-Prof. Dr. Jeitteles und als sein Vertreter Bürgermeister Schweidler nach Frankfurt entsandt, die der „Neuen Zeit“ in Olmütz fortlaufend aus Frankfurt berichteten; vom Schönhengst, zu dem auch Müglitz, Mähr.-Neustadt und Littau gehörten, der Advokat Dr. Giskra, alle drei Deutsche. Doch fiel die Wahl in anderen Wahlkreisen auch auf Tschechen, die nach Frankfurt gingen (KO 307).

Aus der 1. Wahl in den österreichischen Reichstag im Jahre 1848 ging für Olmütz-Stadt der Kaufmann Balthasar Szabel hervor, für

Sternberg-Stadt: der Wiener Arzt Dr. Selinger.  
Die Landbezirke wählten folgende Männer in das Revolutionsparlament:  
Kloster Hradisch: Ferdinand Böse, Müller in Boniowitz,  
Mähr. Neustadt: Karl Wagner, Fabrikant in Mähr.-Schönberg,  
Sternberg Land: Johann Feifalik, Magistratsrat in Brünn,  
Aussee mit Littau: Johann Hönig, Univ.-Prof. in Wien,  
Hohenstadt mit Müglitz: Dr. Jakob Bittner, Arzt in Rohle,  
Konitz: Franz Staffa, Ausgedinger in Kremenitz usw.

Die Wahl in den mährischen Provinzial-Landtag ging ebenso wie alle Wahlen dieses Jahres ohne Störung vor sich. Die Olmützer Universität entsandte ihren Rektor magnificus Dr. Maly und 3 Professoren, das Domkapitel den Landgrafen Fürstenberg, die Bürgerschaft 5 Vertreter aus ihrer Mitte (KO 308).

Der nächste Reichsrat (1869) wurde nicht in direkter Wahl, sondern von den Landtagen beschickt.

1873 gab es wieder direkte Reichsratswahlen: Olmütz-Stadt entsandte den deutsch-liberalen Dr. Bažant (902 Stimmen). Gegenkandidat war der tschechische Advokat Dr. Hoppe (132 Stimmen).

Olmütz-Land: Dr. Ritter v. Chlumetzky (Deutscher, 242 Stimmen) gegen Dr. Panowsky, Advokat in Littau (Tscheche, 177 Stimmen). 1876: Johann Budik, Fabrikant in Zwittau (deutsch, 765 Stimmen). Gegenkandidaten: Franz Popp, Bürgermeister in Littau (deutsch, 99 Stimmen) und Dr. Hoppe (131 Stimmen).

1879: Städte: Johann Budik (deutsch 743 Stimmen) gegen Dr. Hoppe (tschech. 163 Stimmen); Landgemeinden: 218 deutsche und 206 tschechische Stimmen.

1885: Städte: 1687 deutsche und 616 tschech. Stimmen; Landgemeinden: erstmalig tschech. Majorität (Dr. Žáček).

1891: Städte: 1359 deutsche und 703 tschech. Stimmen.

1896 brachte durch die Einführung der IV. Kurie eine sichtbare nationale Umschichtung, zugleich auch die Umstellung des starren nationalen Zweiparteien-Systems auf das moderne, demokratische Parteien-System. Städte: nördlicher Teil: 1408 deutsche, 677 tschech. Stimmen; südl. Teil: das erste Mal ein tschech. Abgeordneter; Landgemeinden: Sozialdemokraten (Deutsche und Tschech.) 294 Stimmen; Deutsch-nationale 267 Stimmen; Tschech.-bürgerliche 136 Stimmen.

1901: Stadtkreise: (nördl.) 1426 Deutsch-nationale; 158 Sozialdemokraten; 719 Tschech.-bürgerliche.

1907 brachte das allgemeine Wahlrecht und damit eine neuerliche Umschichtung: Städte, als stärkste Parteien: 4211 Tschechisch-nationale; 3808 Sozialdemokraten.

1911 als stärkste Parteien: 4412 Sozialdemokraten; 4015 Tschechisch-nationale (Fr. 95).

Die Wahlvorbereitungen zu den Reichsrats- und Landtagswahlen waren schon lang vor der eigentlichen Wahl Gegenstand eines nationalen Tauziehens. Wir wissen z. B., daß der mährische Statthalter Graf Schönborn 1883 in der ersten Wahlkurie 4 deutschen Grundbesitzern das Wahlrecht absprach und dafür noch einen tschechischen (wahlberechtigten) Beamten zuzog, und auf diese Weise den Einzug der Tschechen in den mährischen Landtag erreichte (MT 22. 9. 83). Unter den betroffenen Grundbesitzern war der Baron Eichendorff auf Sedlnitz, dem das Wahlrecht aberkannt wurde mit dem Hinweis darauf, daß die Eichendorffs preußische Staatsbürger wären. Von deutscher Seite wurde dazu nachgewiesen, daß die mährischen Eichendorff seit dem 12. Dezember 1655 dem mährischen Herrenstande angehört haben und seit 1679 auch dem böhmischen. Der gleiche Kampf ging auch um Wahlrecht und Staatsbürgerschaft der Fürsten Hohenlohe, die auch „Sujets mixtes“ waren, und der Grafen Pallavicini, die auch in Ungarn große Besitzungen hatten. Entscheidend in diesen Fällen sei nicht der zufällige Geburtsort, sondern die Lage der größten Familienbesitzungen. Annulliert wurde auch das Wahlrecht des Barons Zawisch, dem Sponau bei Mähr. Weißkirchen gehörte und der auch in der Mährischen Landtafel als Besitzer eingetragen war (MT 1. 10. 82).

Der gleiche Kampf um jede einzelne Stimme spielte sich auch in den andern Kurien ab.

Es galt damals eine Art ständischer Verfassung, nach der die gewählten Abgeordneten, zunächst in 3 Kurien gegliedert (Großgrundbesitzer, Städte, Landgemeinden), aus ihrer Mitte den Landes-Ausschuß wählten. So lange die Deutschen in den beiden ersten Kurien die Majorität besaßen, hatten sie auch im Landtag und im Landes-Ausschuß die Majorität inne. „Daraus ergab sich der seltsame Tatbestand, daß das eine Viertel (die Deutschen) die anderssprachigen drei Viertel der Bevölkerung beherrschte, was vielleicht dem Census der Steuerleistung entsprach, keinesfalls aber dem demokratischen Gedanken, wonach die Stimmen gezählt, aber nicht gewogen werden (KO 418). Doch war einsichtigen Deutschen wie Tschechen schon vor der Jahrhundertwende klar, daß es zu einem national gerechten Ausgleich in Mähren kommen müsse. Ein „permanenter 21-gliedriger Ausschuß“ wurde nach einem mährischen Landesgesetz vom 18. Februar 1898 gegründet, dessen Berichterstatter Freiherr v. Chlumetzky war. 1902 aber mußte er seine erfolglose Tätigkeit einstellen, und erstattete darüber einen 200 Seiten langen Bericht (MT 23. 4. 02). Schon zu Beginn seiner Arbeit war dieser Ausschuß mit Ressentiments aller Art schwer belastet. Die tschechische Presse verlangte von Anfang an, die tschechischen Vertreter müßten so lang die Mitarbeit verweigern, bis die Deutschen ihr nationales „Pfungstprogramm“ aufgeben würden, das den Deutschen im Rahmen einer gesamtösterreichischen Konzeption durch Anlehnung an die deutschen Alpenländer Rückhalt gab. Die Tschechen forderten vielmehr, daß sich die Deutschen Mährens von ihrem österreichischen Hinterland lossagen und der „böhmischen Krone“ unterwerfen sollten. (MT 28. 7. 99). Unterstützt wurden diese Forderungen

in Stadt und Land durch die tschechische Geistlichkeit, die durch die gleichzeitig einsetzende Los-von-Rom-Bewegung nun auch politisiert wurde. Die gesamte tschechische Presse nahm ihre neuen Bundesgenossen mit Begeisterung auf und feierte sie als „die Erwecker und Pioniere des nationalen Geistes, als Pioniere des tschechischen Volkes“.

Die Lösung der Machtfrage im mährischen Landtag wurde immer dringlicher, und als nun nach dem Fall der Städte Wischau, Littau, Weißkirchen und Leipnik um 1900 herum die deutsche Mehrheit immer mehr zusammenschmolz, den Tschechen aber das Abwarten von 2 oder 3 Wahlperioden zu lange dauerte, war der psychologische Moment zu einem Ausgleich gekommen. Nach jahrelangen, neuerlichen Verhandlungen kam es am 27. November 1905 unter nachdrücklicher Mithilfe des Ministers Baron Gautsch zum „Mährischen Ausgleich“, wonach die Deutschen gegen gewisse nationale Bürgschaften freiwillig die bisherige Mehrheit im mährischen Landtag aufgaben. Es wurden Nationalitätenkataster im ganzen Land eingeführt, und 1906 gingen die Landtagswahlen das erste Mal in aller Ruhe vor sich.

Neu war dabei der Gedanke, daß der mährische Landtag außer 2 Virilstimmen (die beiden Bischöfe) zwei national getrennte Kataster umfaßte, die nach einem bestimmten Schlüssel sich über die einzelnen Kurien verteilten, mit Ausnahme der 1. Kurie (Großgrundbesitzer), die national getrennt wurden. Die übrigen Kurien wiesen folgende Verteilung auf:

- a) Städte und Industrieorte: 40 Abgeordnete, davon 20 deutsche und 20 tschechische.
- b) Handelskammern Brünn und Olmütz: je 3—6 Abgeordnete. Freies Wahlrecht, ohne nationale Bindung.
- c) Landgemeinden: 53 Abgeordnete, davon 14 deutsche und 39 tschechische.
- d) Allgemeine Wählerklasse: 20 Abgeordnete, davon 6 deutsche und 14 tschechische.

Innerhalb der einzelnen Wahlkurien war die Anwendung eines Proportional systems vorgesehen. Doch blieb die Wahl (wie auch in den anderen Gremien) mündlich und öffentlich auf namentlichen Aufruf.

Der Landes-Ausschuß umfaßte 8 Mitglieder und 8 Ersatzmänner, davon 2 Großgrundbesitzer, 2 Deutsche und 4 Tschechen. Bei der Verteilung der Referate sollten Schulwesen und Landesanstalten jeweils Angehörigen der betreffenden Nation zugewiesen werden. Der Landes-Ausschuß wurde ferner verpflichtet, bei der Besetzung von Beamtenstellen auf die Verhältniszahlen beider Völker Rücksicht zu nehmen. Die oberste Schulbehörde, der k. k. Landesschulrat, wurde in 2 nationale Sektionen geteilt, denen die national getrennten Bezirksschulräte unterstellt wurden. Wichtig war der Einbau der „Lex Perek“ in den Ausgleich, wonach „in der Volksschule normalerweise nur Kinder aufgenommen werden dürfen, die auch der Unterrichtssprache mächtig sind“, daß also der Versuch einer Umvolkung der Kinder durch die Schule in Zukunft unmöglich werden sollte (M 520 f.).

Daß dieser Ausgleich von den Radikalen beider Nationen bedauert wurde, liegt auf der Hand. Der Stoßseufzer von Dr. Fischer ist dafür bezeichnend:

„Bis 1905 kandidierten Tschechen gegen Deutsche; jetzt Tschechen gegen Tschechen, was in nationaler Hinsicht unangenehme Folgen hat“ (Fr. 96).

Und ein anderes aufschlußreiches Gespräch aus der Zeit des Ringens um den Ausgleich, das Schriftleiter Steiger in seinen Notizen festgehalten hat, sei erwähnt: Hermann Braß sagte zu Dr. Fischer in einer persönlichen Aussprache in den Gängen des Landtagsgebäudes: „Wie schön wäre es gewesen, wenn Sie, als Sohn einer deutschen Mutter, auf unserer Seite stünden!“ — „Jetzt ist es zu spät dazu“, sagte Dr. Fischer. „Die Entscheidung ist gefallen.“ — Es ist unvorstellbar, welche Entwicklung die nationalen Verhältnisse in Mähren genommen hätten, wenn Richard Fischer, der agilste Führer der Národní jednota, der Nation seiner drei deutschen Großeltern und nicht seiner tschechischen Großmutter gefolgt wäre! —

Wenn die mährischen Tschechen trotz dieses Burgfriedens von 1905 ebenso wie in den Jahren 1885, 1888, 1895, 1899 auch 1907 und 1910 im Rahmen der Prager Politik ihre Volksmassen auf die Straßen führten, so dienten diese Demonstrationen zunächst dazu, die Erteilung des Wahlrechtes auch an die nicht Steuer zahlenden Arbeiter durchzudrücken; sie sollten aber auch immer wiederholte Drohungen an die Adresse der jüdischen Wähler sein, die bisher überall auf deutscher Seite standen, was sich vor allem bei den Gemeindewahlen auswirkte.

Gesteuert wurden alle diese Kundgebungen durch die Národní jednota in Olmütz, die 1885 gegründet worden war. Ihre entscheidungsvolle Tätigkeit sei an anderer Stelle ausführlich dargestellt.

Ihren Kampf um Gleichberechtigung führte die Jednota in Mähren in verschiedener Richtung zugleich:

a) durch die Schule, um jedem Verlust an Menschen im Weg der „Germanisierung“ entgegenzutreten und zugleich ein slawisches Weltbild aufzubauen und zu verbreiten;

b) durch die Volkswirtschaft, besonders durch Errichtung und Stützung tschechischer Betriebe, aber auch durch die überaus wirksame Waffe des Boykotts deutscher und vor allem jüdischer Unternehmungen; durch die jahrzehntelang konsequent wiederholte Parole „Svůj k svému!“ (Sinngemäß: Jeder halte zu den Seinen);

c) durch die Einstellung tschechischer Beamter, Angestellter und Arbeiter in alle öffentlichen Ämter.

Bei all diesen Maßnahmen kam es ihr nicht nur auf den tatsächlichen Gewinn an Boden an, sondern auch auf die „optische“ Wirkung, so daß es darüber zu einem „Taferl-Krieg“ kam, der jedem Außenstehenden lächerlich erscheinen mußte, in seinem jahrzehntelangen Andauern aber verheerend wirkte.

Wenige Beispiele mögen diese Form der Auseinandersetzung illustrieren: 1883: Die amtliche „Brünner Zeitung“ bringt im deutschen Text Ortsnamen in tschechischer Form, was das Tagblatt rügt (MT 23. 1. 83). — Tschechische Blätter kämpfen gegen neu ernannte tschechische Beamte, weil sie keine „alten Kämpfer“ sind. — Das Troppauer Landesgericht weigerte sich, tsche-

chische Eingaben anzunehmen. — Die tschechische Presse regt sich auf, daß alle deutschen Volksschulen in Mähren schwarze Aufschriften auf weißem Grund neu erhalten haben. „Verstehen wir die Blumensprache recht, so ist sie preußisch (MT 2. 10. 83).

Ein niederösterreichischer Dorfbriefträger schickt einen Brief mit tschechischer Adresse als „unbestellbar“ zurück mit dem Vermerk: „Hier werden nur Briefe in deutscher Sprache angenommen“, was in der tschechischen Presse einen Sturm grundsätzlicher staatsrechtlicher Erörterungen auslöst (MT 18. 9. 87). — Und in Wischau befördert dafür der Briefträger wiederum keine deutschen Adressen.

Im Sonntags-Ausflugszug von Großwasser nach Olmütz kommt es zu deutsch-tschechischen Zusammenstößen, und deutsche Wallfahrer werden am Weg zum Heiligen Berg bei Olmütz wiederholt in Chwalkowitz behelligt, ihre vielleicht zurückbleibenden Kinder mit Steinen beworfen. Was sich nahezu alljährlich wiederholte, bis 1918 (MT 25. 7. 87).

Um 1900 (doch ebenso gut in allen dazwischen liegenden Jahren): Studenten des Olmützer tschechischen Gymnasiums überfallen 8—10jährige deutsche Kinder in der Johann-Allee und verprügeln sie. (MT 2. 10. 99). In deutschen Häusern der Joseph von Engel-Straße wurden die Fensterscheiben eingeworfen. — Wenige Tage später haben deutsche Gymnasiasten mit Gummischleudern im Národní dům die Fensterscheiben eingeworfen . . . (MT 27. 1. 99) und alle diese Heldentaten wurden von der Presse und von Rednern zu nationalen Ereignissen, Taten und Schandtaten, je nach der Partei, aufgebauscht. Eine feindliche Versammlung zu sprengen ist gleichfalls eine nationale Tat, und eine „Hetz“ zugleich (MT 4. 10. 99). Vorigen Sonntag haben Olmützer Tschechen eine Schönerer-Versammlung in Sternberg gesprengt, diesen Sonntag sprengen Deutsche eine tschechische Versammlung im Hotel Pietsch zu Olmütz . . .

Und als nun auch in Mähren „Das süße Mädel“, das in Wien schon 75 Auführungen hinter sich gebracht hat, aufgeführt werden soll, verlangt die k. k. Statthalterei, daß der Sekretär nicht als „Böhm“ auftritt, sondern hochdeutsch spricht und daß überhaupt jede Anspielung auf seine slawische Nationalität unterbleibt (MT 11. 1. 02). — Zur gleichen Zeit entbrennt eine öffentliche Diskussion über das Wort des Papstes zum inneren Frieden, der die „res publica“ im Auge behalten wissen will. Denn die Gleichstellung des „öffentlichen Wohles“ mit Österreich ist etwas anderes, als sie gleichzusetzen mit den böhmischen Ländern, wie es der Našinec tut.

Es geht um Papst und Kaiser, der um diese Zeit der großen Menge des mährischen Volkes noch „náš císař pán (= unser kaiserlicher Herr) ist, genauso, wie um die Zeitungs-Austrägerin, die ihre 2 jüngsten Kinder in die deutsche Schule schickt und daher vom „Hlas“ entlassen wird (MT 21. 9. 07). Oder um den Verwalter des Erzbischofs Bauer, dem vorgeworfen wird, daß er das Holz aus den erzbischöflichen Wäldern den Juden verkauft und deutsche Beamte auf seinen Gütern hat. Die tschechisch-radikale Presse hat

in ihren Spalten einen „nationalen Pranger“ eingerichtet, der jene Tschechen namentlich anführt, die in einem deutschen Geschäft eingekauft haben oder mit Deutschen verkehren (MT 16. 10. 05).

Dazu kommen alljährlich zu Schulanfang die deutschen Klagen, daß tschechische Kapläne die Familiennamen der Schulneulinge in tschechischer Schreibform in den Matriken-Auszügen bringen, oder zum mindesten irgendwo ein háček (= ein Häkchen) am Familiennamen anbringen, daß er ein tschechisches Gesicht bekommt (Šnajdr = Schneider, Špic = Spitz, Pič = Pietsch usw.) Und ebenso klagen die Tschechen immer wieder über die vorherrschend deutschen Straßen-Tafeln in Brünn und Olmütz und anderen „tschechischen“ Städten.

Laut Landtagsbericht hatte Mähren 1890 unter den Einwohnern 695 492 Deutsche (27,91<sup>0/0</sup>) und 1,727 270 Tschechen (71,35<sup>0/0</sup>).

An Pflichtschulen standen ihnen zur Verfügung:

- 640 deutsche Volksschulen mit 1303 Klassen,
- 1557 tschech. Volksschulen mit 2938 Klassen,
- und 23 utraquistische Volksschulen,
- 49 deutsche Bürgerschulen mit 142 Klassen,
- 27 tschech. Bürgerschulen mit 61 Klassen.

An höheren Schulen hatte Mittelmähren:

Deutsche Gymnasien: Olmütz seit 1776 (staatlich), Kremsier, seit 1687 (staatlich), Mähr.-Neustadt seit 1853 (Land), Mähr.-Weißkirchen seit etwa 1880 (Land), Kremsierer Knabenseminar, etwa seit 1880 (erzbischöflich).

Tschechische Gymnasien: Olmütz seit 1867 (staatlich), Kremsier seit 1887 (privat), Mähr.-Weißkirchen seit etwa 1880 (Land), Hohenstadt (seit 1896 privat, 1908 verstaatlicht).

Deutsche Realschulen: Olmütz seit 1854, (staatlich), Kremsier seit 1786, (Land), Proßnitz etwa seit 1870, (Land), Sternberg etwa seit 1890, (Land), Leipnik seit 1895, (Land), Militär-Oberrealschule Mähr.-Weißkirchen.

Tschechische Realschulen: Olmütz seit 1902 (privat, 1907 verstaatlicht), Proßnitz seit 1878 (privat, 1890 vom Land übernommen), Gewitsch seit 1897, (Land), Littau seit 1901 (privat, 1919 verstaatlicht), Leipnik um 1900, (Land).

Landwirtschaftliche Mittelschulen: keine deutschen, aber 2 tschechische in Prerau und Kloster Hradisch bei Olmütz.

Höhere Handelsschulen: deutsche Handelsakademie in Olmütz, keine tschechischen.

Höhere Gewerbeschulen: die deutsche in Hohenstadt seit 1899, 1920 nach Mähr.-Schönberg verlegt.

Webschule in Sternberg seit 1873.

Höhere Fortlehranstalt, Mähr.-Weißkirchen, seit 1896.

Tschechische: Textil und Mode in Proßnitz.

Korbflechterei in Wall.-Meseritsch.

Holzbearbeitung in Wsetin.

Lehrerbildungsanstalten. Deutsche: Olmütz, seit dem Mittelalter; für Mädchen im Elisabethinum, konfessionell und utraquistisch bei den Ursulinen.  
Tschechische: Kremsier, staatlich und Hreptschein konfessionell.

Im Landesdurchschnitt kam in Mähren auf 156 Einwohner 1 Schüler dieser höheren Schulen, während der Durchschnitt Alt-Österreichs 207 betrug.

Insgesamt hatte Mähren 1912/13 an Gymnasien 14 deutsche und 17 tschechische, an Realschulen 16 deutsche und 16 tschechische (Dt. Arb. 12). 1888 aber waren es 14 deutsche und 7 tschechische und 1 utraquistisches Gymnasium, 12 deutsche und 4 tschechische Realschulen (MT 14. 1. 88). Der Zuwachs in diesem Vierteljahrhundert kam also fast ganz den Tschechen zugute, entsprach aber noch immer nicht dem Bevölkerungsschlüssel. Daß die Tschechen 1919 nach ihrer Staatsgründung alle deutschen Schulen, deren Schüler zum großen Teil Tschechen waren, schlossen oder umwandelten, daß sie ihre vielen tschechischen Privatschulen mit einem Federstrich verstaatlichten, ist zu verstehen.

Um 1930 finden wir in ganz Mittelmähren nur noch in Olmütz ein deutsches Staats-Realgymnasium, 1 Lehrerbildungsanstalt und 1 Handelsakademie. Dazu in Sternberg das umgebaute Realgymnasium, und in Mähr.-Neustadt ein Gymnasium. Alle anderen höheren deutschen Schulen Mittelmährens waren der politischen Entwicklung zum Opfer gefallen. —

Kurz nach Errichtung der tschechischen Universität in Prag im Jahre 1882 erhoben die mährischen Tschechen die Forderung nach einer eigenen Universität. Brünn (als Landeshauptstadt und größte Stadt Mährens) und Olmütz (als alte Universitätsstadt) kamen für ihren Sitz in Frage. Doch erreichten sie mit all ihren Bestrebungen nur, daß in Brünn 1899 eine tschechische Technische Hochschule eingerichtet wurde, zunächst als tschechische Ingenieur-Schule (MT 25. 9. 99). 1900 wurde die Abteilung Mechanik, 1901 die Abteilung Chemie, in den folgenden Jahren die andern Abteilungen eröffnet.

Doch die Forderung nach einer voll ausgebauten tschechischen Universität für Mähren verstummte nie. 1902 nahm sich besonders der christlich-soziale Abgeordnete Dr. Hruban ihrer an (MT 7. 1. 02), wogegen sich die radikal-liberalen Tschechen freilich mit allem Nachdruck wandten (MT 11. 1. 02). Fürchteten sie doch, daß eine Universität in Olmütz in den Einflußbereich des Erzbischofs geraten würde, was ihnen zur Zeit des Erzbischofs Kohn zweifellos gefährlich schien.

1905 griffen die tschechisch-nationalen Gruppen ihre Forderung wieder mit Nachdruck auf und unterstrichen sie durch eine Reihe von tábory in ganz Mähren, zugleich mit der Forderung, daß der Staat alle Schulen der *Matices školské* übernehmen möge. Als Zeichen des guten Willens (es war das Jahr des mährischen Ausgleichs) verlangten sie von den Deutschen Unterstützung ihrer Pläne. Doch der Deutsche Volksrat für Mähren und Vertreter aller deutschen Parteien wandten sich scharf gegen den Gedanken einer zweiten tschechischen Universität, die dann wirklich erst in der ersten tschechoslowakischen Republik errichtet worden ist, und zwar in Brünn, und der dann 1946 noch eine zweite mährische Universität in Olmütz folgte. — —

Ende des 19. Jahrhunderts traten in Mähren, wie überall in Mitteleuropa, die Arbeiter das erste Mal ins Licht der Politik. Im Kampf um den Achtstundentag, um gerechte Entlohnung, um das Wahlrecht deckten sich die Interessen der deutschen und tschechischen Arbeiter. So vereinigte der Arbeiterverein von 1872 zunächst auch die Arbeiter beider Nationen. Ebenso war es zunächst auch in der sozialdemokratischen Partei. Doch schon 1894 berichtete das Mährische Tagblatt (16. 12. 94), daß der utraquistische Arbeiter-Leseverein im Národní dům zu Olmütz eine Vollversammlung veranstaltete, bei der ein tschechischer und ein deutscher Referent zum Thema „Kampf um das Wahlrecht“ sprachen, daß aber die Tschechen während des deutschen Referates geräuschvoll den Saal verließen. Die gleiche Klage über den Verlauf ähnlicher übernationaler Veranstaltungen kam auch aus Proßnitz, Brünn und andern Städten.

Bald mußten sich die deutsch-mährischen Arbeiter gegen eine Majorisierung in Verein und Partei wehren. Doch waren noch 1905 und 1907 die großen kämpferischen Kundgebungen gemeinsam, und erst im Herbst 1907 kam es zur endgültigen Trennung in zwei Vereine und zwei Sozialdemokratische Parteien (MT 11. 9. 07). Die unsoziale Haltung vieler Fabrikanten bewirkte aber, daß die enge Zusammenarbeit zwischen den Schwester-Parteien und -Vereinen niemals abriß.

Von lang nachhaltender Wirkung waren da besonders der Streik der Jägerndorfer Textil-Arbeiter von 1899, der zur Aussperrung von mehr als 3000 Arbeitern führte (MT 4. 12. 99) und der etwa gleichzeitige Streik der Sternberger Leinenweber, der durch skandalöse Ausbeutung der damals so gut wie wehrlosen Arbeiterschaft ausgelöst worden war. Dagegen wußte der Staat nicht viel andre Maßnahmen zu ergreifen als polizeiliche Verbote, z. B. Gerhard Hauptmanns „Weber“ öffentlich vorzulesen (MT 13. 5. 02).

Die Tschechen machten den sozialen Kampf zu dem ihren, die Arbeiter und kleinen Leute zu Märtyrern des tschechischen Volkes und nicht der allgemeinen sozialen Lage, und aus dem Kampf gegen den „Kapitalismus“ einen Kampf gegen die „deutschen Ausbeuter“, also aus einem sozialen ein nationales Problem. Sie erreichten durch diesen Kunstgriff, daß ihnen das unerschöpfliche Reservoir der tschechischen Arbeiterschaft immer zur Verfügung stand, wenn es galt, die gemischtsprachigen Städte bei Demonstrationen mit Tausenden von Menschen zu füllen (z. B. die táborý von 1887, 1892, 1895, 1899, 1902, 1905 und 1910).

Hand in Hand damit ging auch der Kampf gegen die deutschen Gutsherren. Mit herzbewegenden Worten klagt Fischer über die hartherherzigen Herren und ihre deutschen Verwalter, „welche die tschechischen Armen und Arbeiter verfolgten, wenn sie im Wald irgend etwas sammelten, Pilze, Beeren oder Reisig, oder ihnen keine Arbeit gaben, besonders in Aussee und Hohenstadt“. Sie rannten überall gegen die deutschen Fabriken und sonstigen Unternehmungen an, die ganz Nordmähren Arbeit und Brot gaben, die, laut Fischer, „die tschechischen Leute beschäftigten bei magerem Lohn und

sie nicht nur wirtschaftlich und sozial versklavten, sondern auch national. Braß und seine Beamten in Hohenstadt, in Rudolfsthal, Skalitzka, Kollaredo nötigten die tschechischen Eltern, ihre Kinder in deutsche Schulen zu schicken, bei allen Wahlen deutsch zu wählen (man wählte öffentlich und mündlich!) und sich bei der Volkszählung als Deutsche zu bekennen. Das geschah ohne Mitleid, und wer nicht gehorchte, wurde aus der Arbeit entlassen . . . Dem tschechischen Arbeiter ist es zu danken, daß trotz dieses Terrors so viele Familien, so viele Gemeinden tschechisch geblieben sind" (Fr. 67).

Auf der anderen Seite war es so, daß die tschechischen Fabriken, die in zunehmendem Maße seit 1900 entstanden, überhaupt keine deutschen Arbeiter aufnahmen, dafür aber tschechische selbst aus weit entfernten Dörfern ins Sprach-Grenzgebiet holten. Dabei waren die meisten dieser Neugründungen Genossenschaften oder Aktiengesellschaften, die auf dem steigenden Reichtum der tschechischen Bauern aufgebaut oder von einer der vielen tschechischen Sparkassen finanziert worden waren. Dem deutschen Fabrikanten und Unternehmer standen also von Anfang an tschechische Genossenschafts- oder Gesellschafts-Unternehmungen gegenüber. Diese waren auch jederzeit bereit, eine deutsche Fabrik, die in Schwierigkeiten geraten war, zu übernehmen. Vor allem die landwirtschaftlichen Industrien gingen noch vor 1910 fast alle in die Hände tschechischer Aktiengesellschaften über: die Bürgerlichen Bräuhäuser zu Olmütz und Littau, das Bräuhaus zu Groß-Wisternitz, dazu als Neugründungen tschechischer Gesellschaften die großen Brauereien zu Holitz, Gewitsch, Těschetitz. Der Verband der deutschen Brauereien hielt dem tschechischen Vormarsch nicht stand und ging ein. Dazu kam eine Unzahl von Mälzereien, alle in Genossenschaftsbesitz, während die deutschen Mälzereien, die den Weltmarkt erobert hatten, fast durchwegs in deutsch-jüdischem Familienbesitz waren und sich so auch bis zum deutschen Einmarsch 1939 erhielten.

Die örtlichen záložny (= Vorschußkassen) in allen größeren tschechischen Dörfern, zugleich oft die ersten Gründungen in den neu slawisierten Städten, gaben bereitwillig auch deutschen Kreditsuchenden auf Hypotheken Geld — und übernahmen Haus und Grund, wenn der Schuldner zahlungsunfähig wurde (MT 4. 9. 07). Sie waren oft erste Zellen eines künftigen tschechischen Gemeinwesens inmitten einer rein deutschen Stadt. Nach dem Zusammenbruch der záložna von Wallachisch-Meseritsch im Jahre 1903 unter dem Abg. Dr. Mikyška, „der sich einer Lawine gleich hinwälzte über die Vorschußkassen in der Wallachei, Slowakei und der Hanna" (KO 417), schlossen sich die bis dahin selbständig arbeitenden záložny zu einer Zentralbank unter Führung der „Živnostenská banka", Prag, zusammen, die im Jahre 1913 folgende Bilanz auswies:

Aktienkapital . . . . .	80 Millionen Kronen
eigenes Geld . . . . .	107,3 Millionen Kronen
anvertrautes Geld . . . . .	300,2 Millionen Kronen
Passiven . . . . .	416,9 Millionen Kronen
Gewinn . . . . .	8,3 Millionen Kronen

Von diesem Gewinn flossen beträchtliche Teile dem tschechischen Volkstumskampf und der Maticе školská zu, und nur Beträge, die einer guten Verzinsung entsprachen, den Aktionären.

Diesem Kapitalmarkt standen auf deutscher Seite die städtischen Sparkassen gegenüber. Sie waren so lange deutsch, als sich die Städte deutsch erhielten. Sparkassen bestanden in:

Sternberg	seit 1860
Olmütz	seit 1863
Kremsier	seit 1867
Neustadt	seit 1868
Littau, Ung. Hradisch, Wischau	seit 1870
Müglitz	seit 1871
Proßnitz	seit 1874

Dazu kam auf deutscher wie tschechischer Seite eine große Zahl von Raiffeisenkassen und Filialen von Großbanken, als einzige deutsche Bauernbank die des Landwirtschaftlichen Vorschußvereins in Nebotein.

Bis um 1900 hatte Innermähren nur deutsche Groß-Kaufleute. Erst 1891 eröffnete Komárek als erster tschechischer Grossist in Olmütz sein Geschäft, unter äußerlich deutschem Firmenschild. Doch vereinigte er bald die Lieferung an die tschechischen Kleinhändler in den Dörfern in seiner Hand. Ihm folgten um 1910 tschechische Unternehmungen auf allen Gebieten. Mit einer gewissen Bitterkeit zitiert das „Mährische Tagblatt“ am 5. 11. 94 die tschechische Presse: „Gute Geschäfte sind die Grundlage der künftigen Politik“, und bemerkt hiezu: „Die Tschechen gründen am laufenden Band Genossenschaften, durch die sie den deutschen Besitzstand schädigen, und die Deutschen gründen antisemitische Vereine.“ Doch die tschechische Presse klagt über den tschechischen Bauern, und auch Fischer bestätigt noch 1932 rückschauend die Haltung des hannakischen Bauern, daß er die nationale Bewegung nicht mitmache, und behauptet, „daß er jeden Kandidaten wählt, der ihm ein Gulasch zahlt.“

Einzig eine gemeinsame Vertretung der Berufs-Interessen war imstande, Deutsche und Tschechen an einen Tisch zu bringen. Der allgemeine Lehrerverein aber teilte sich als erster in einen deutschen und einen tschechischen Lehrerverein (MT 10. 7. 83). Die tschechischen Gewerbetreibenden versuchten, die utraquistischen Gewerbe-genossenschaften zu majorisieren, was in Brünn zu einem Exodus der Deutschen führte (MT 3. 10. 83), und in Sternberg, wo die Majorität bei den Deutschen gelegen hätte, zu einem Austritt der Tschechen (MT 27. 3. 83). Auch der mährisch-schlesische Bauernbund war um diese Zeit zweisprachig, vertrat aber weitgehend die Interessen der tschechischen Bauernschaft (MT 20. 10. 83). Aus dem Allgemeinen Feuerwehverein traten die Deutschen aus, um einer Majorisierung durch die Tschechen zu entgehen (MT 5. 11. 87). Der Geschworenenverein teilte sich erst 1905, im selben Jahr auch der mährisch-schlesische Ärzteverein (MT 20. 11. 05), so daß um 1910 endlich alle früher utraquistischen Vereine national getrennt

waren. Der „Österreicher“ war verschwunden; es gab nur noch Deutsche und Tschechen, die ohne Kontakt nebeneinander lebten.

Auf Grund des mährischen Ausgleichs traten 1907 im Mährischen Landeschulrat 2 getrennte Sektionen in Tätigkeit und gaben dadurch jeder Nation ihre Schul-Autonomie; ebenso war es beim mährischen Landes-Gewerberat und beim mährischen Landgericht (MT 5. 9. 07).

Einzig die Armeesprache war deutsch geblieben, denn „in Sache der Armeesprache kenne ich keine Kompromisse“, sagte der Kaiser. Doch waren es vor allem Gründe der Zweckmäßigkeit, denen sich sogar der Ungarische Ausgleich von 1867 fügen mußte. Die Regimentssprache dagegen wurde der Sprache der Rekruten angepaßt, und nach einem Erlaß von 1903 wurde von den Offizieren gefordert: „Zum Dienstgebrauch muß die Kenntnis einer nicht-deutschen Sprache der Monarchie künftig in erhöhtem Maß gefordert werden. In den Truppenkörpern mit nicht-deutschen Mannschaften haben die Offiziere und Kadetten die Regimentssprache, in Truppenkörpern mit 2 Regimentssprachen eine derselben innerhalb von 3 Jahren zu erlernen“ (M 724).

Die mährischen Steuer- und Finanzämter waren um 1902 schon überwiegend mit tschechischen Beamten besetzt (MT 7. 5. 02) und 1905 mußte mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß für die Telephon-Zentrale die deutsche Amtssprache gilt. Das Bahnhofpostamt in Olmütz hatte 1905 nur 16 deutsche Beamte, alle in gehobenen Stellungen, denen 60 tschechische unterstellt waren (MT 5. 9. 05). Um 1910 waren die deutschen Beamten bereits in allen staatlichen und Landesämtern in der Minderheit. Nur die autonomen Städte Brünn und Olmütz konnten ihre Verwaltung noch mühsam deutsch erhalten.

Der kleine Bürger aber ging nach wie vor ruhig seinen Geschäften nach, „fortwurstelnd“ wie die Regierung in Wien, froh seines gemächlichen Alltags. Denn das kulturelle und wirtschaftliche Leben Mährens blühte, wie das ganz Österreichs, trotz der unerfreulichen nationalen Reibereien. Bei Deutschen wie Tschechen entwickelte sich ohne Hast, doch in ruhiger Sicherheit das moderne Finanz- und Bankwesen, die Industrie, das Genossenschaftswesen, die berufsständischen und kulturellen Vereine, das Schulwesen und eine freie Presse.

Die alte deutsche Beamtenschaft, die wenigen, künstlich gehaltenen deutschen Positionen wehte der Krieg 1918 weg und damit auch die letzten Illusionen von einer deutschen Vorherrschaft in Mähren. Die Schließung zahlreicher Schulen und die Errichtung all der tschechischen, die seit Jahren verlangt wurden, die Majorisierung der Deutschen in allen Stadtparlamenten der Sprachinseln, die Gründung tschechischer Arbeitersiedlungen in rein deutschen Gemeinden, die Eingemeindung deutscher Dörfer in größere tschechische Nachbargemeinden, die Bodenreform, die deutschen Großgrundbesitz gegen geringes Geld an tschechische Bauern aufteilte, das waren die wichtigsten Wege, auf demokratische Art das Deutschtum überall in eine hoffnungslose und wehrlose Minderheit zu drängen. In seinem Tage-

buch stellte Dr. Kux unter dem 21. 10. 1923 das Ergebnis dieser Maßnahmen in seiner engeren Heimat wie folgt zusammen:

„Auf der Fürst-Liechtensteinschen Jubiläumsschule in Königslosen, einer Privatgründung des Fürsten, das erstmal die Aufschrift ‚Československá státní škola‘. Am selbigen Tag ist das Maierhof-Inventar in Königslosen verkauft worden und der bisherige Pächter für immer nach Wien übersiedelt. Auch Ferdinand Schubert, der langjährige Pächter von Schönwald und dem Papuvka-Hof ist schon durch einen Legionär vertrieben. So verfährt man mit ehrenwerten deutschen Leuten! Welch schwere Verluste der deutsche Grundbesitz durch die sogenannte „Bodenreform“ erlitten hat, ist nachstehender Tabelle zu entnehmen. Im nördlichen Teile des Olmützer Kreises allein sind durch das Bodenamt zugeteilt worden:

das Restgut Busau, 30 ha, der Gemeinde Busau,

das Restgut Oberlangendorf, 150 ha, der tschech. Weidegenossenschaft  
um 1 015 000 Kč,

das Restgut Bladowitz, 75 ha, an V. Nedeluha für 440 000 Kč,

das Restgut Chomotau, 88 ha, an V. Vychodil für 443 000 Kč,

das Restgut Königslosen, 150 ha, an Ed. Postulka für 1 105 000 Kč,

das Restgut Neuuhof, 100 ha, an Josef Petřik für 535 000 Kč,

das Restgut Papuvkahof, 152 ha, an Bart. Král,

das Restgut Reitendorf, 65 ha, an Ad. Gabriel,

das Restgut Schönwald, 101 ha, an Jar. Slouk.

Nach der vorstehenden Tabelle und ihren Daten ist also der Metzen um 1240 Kč verkauft worden, und das zu einem Zeitpunkt, wo man ansonsten für den Metzen guten Ackerlandes (und in dem genannten Gebiet ist alles bester Weizen- und Rübenboden!) mindestens 5000 Kč bezahlte.“

### *Die Olmützer Handels- und Gewerbekammer*

Gegründet wurden die Handels- und Gewerbekammern in Österreich nach dem Gesetz vom 29. Juni 1868, mit der Aufgabe, die Entwicklung von Handel, Gewerbe, Industrie und Bergbau nicht nur zu fördern, sondern auch zu unterstützen. Die Wahlordnung wurde wiederholt geändert (1884, 1893 und 1902), doch blieb als Prinzip ihre Unabhängigkeit erhalten, wie auch die Einteilung in je eine Handels- und Gewerbesektion, zu denen 1902 noch die Sektion Bergbau trat. Die Wahlberechtigten jeder Sektion wurden wie für die Wahlen in den Reichsrat nach ihrer Steuerleistung in jeweils 3 Kurien eingeteilt: über 100 fl., über 21 fl. und über 4 fl. 20 kr. Steuern. Mit dieser Einteilung war auch der Wert der abgegebenen Stimme bestimmt.

Mähren hatte 2 Kammerbezirke: Brünn und Olmütz. Der Handelskammerbezirk Olmütz umfaßte ganz Nord- und Ostmähren einschließlich Ungarisch-Hradisch und Mährisch-Ostrau. Bis 1893 bestand die Olmützer Handelskammer aus 12 Mitgliedern der Handels- und 24 der Gewerbesektion. Als gewählt galten jeweils die Bewerber mit der größten Stimmenzahl. Auf-

gestellt wurden die Kandidaten durch einen Wahlausschuß der letzten Kammer-Mitglieder, doch war auch das Einbringen anderer Wahlvorschläge möglich, so daß praktisch immer eine deutsche und eine tschechische Liste bei jeder Kurie in jeder Sektion zur Verfügung standen. Die Wahl fand jeweils nach 3 Jahren statt und geschah öffentlich und mündlich nach Aufruf. Sie geschah entweder durch persönliche Abgabe des offenen, ausgefüllten Wahlzettels oder durch Einsendung des unterschriebenen Stimmzettels über die Gewerbebehörde 1. Instanz unter Abgabe der Legitimationskarte. Verschlossene Stimmzettel hatten den Namen des Wählers außen auf dem Umschlag zu tragen (MT 10. 12. 87).

Die Wahlen wurden immer schon monatelang vorbereitet, denn es galt immer wieder die Frage, ob diese von Anfang an rein deutsche Einrichtung von den Tschechen wenigstens teilweise erobert werden könnte. Nach der Lage der Volkswirtschaft in Mähren kam für eine Eroberung durch die Tschechen zunächst die 3. Kurie der Gewerbe- und auch der Handelssektion in Frage. Denn die unzähligen kleinen Gewerbetreibenden und Kaufleute hatten hier ihre Vertretung. Um sie ging daher auch vor allem der Kampf. Vor der Gründung der Národní jednota waren vor allem die tschechischen Rechtsanwälte in den Kleinstädten bemüht, Stimmen für ihre Leute zu sichern. 1887 meldet das Tagblatt über 400 tschechische Reklamationen vor der Wahl, wegen Nicht-Aufnahme tschechischer Wähler oder Ausscheidung deutscher (MT 29. 11. 87). Besonders im Bezirk Mährisch-Schönberg entfalteten die Tschechen eine große Rührigkeit. Doch auch die Deutschen reichten rund 350 Reklamationen ein.

Bis zum 30. Dezember 1887 waren die Stimmzettel abzugeben. Das Skrutinium zählte am 3. 1. 1888 rund 12 000 abgegebene Stimmen, von denen aber ein großer Teil der tschechischen Stimmen wegen Formfehlern für ungültig erklärt worden war (verspätet oder an die falsche Instanz gesandt, statt der offiziellen, nachgedruckte Stimmzettel aus der fürsterzbischöflichen Druckerei usw.), sodaß also nur 7033 anerkannt wurden. Das Ergebnis:

		deutsche		tschechische	
		1884	1887	1884	1887
Handelssektion	1. Wahlkörper	19	24	5	11
	2. Wahlkörper	549	599	206	148
	3. Wahlkörper	1670	1678	1314	884
Gewerbesektion	1. Wahlkörper	164	198	57	31
	2. Wahlkörper	511	517	221	155
	3. Wahlkörper	3124	4415	3428	2618

Gewählt wurden 1887 32 Deutsche und 4 Tschechen. Den sichtbaren Rückgang der tschechischen Stimmen dürften zum großen Teil die fast 5000 für ungültig erklärten Stimmen erklären, während das geringe Anwachsen der deutschen Stimmen dem natürlichen Wachstum entspricht. Von einer Umvolkung der Handels- und Gewerbetreibenden des Olmützer Handelskammerbezirkes kann also nach dieser Wählerstatistik nicht gesprochen werden.

Das Bild der nächsten Wahlperioden änderte sich nur unwesentlich:

		1890		1893	
Handelssektion	1.	24 dt.	11 tsch.	29 dt.	10 tsch.
	2.	652 dt.	102 tsch.	589 dt.	186 tsch.
	3.	1684 dt.	1052 tsch.	1909 dt.	891 tsch.
Gewerbesektion	1.	214 dt.	34 tsch.	247 dt.	46 tsch.
	2.	504 dt.	162 tsch.	530 dt.	172 tsch.
	3.	4451 dt.	3249 tsch.	3240 dt.	2760 tsch.

(MT 9. 12. 93)

1902 galt bereits eine neue Wahlordnung, durch die in beiden Sektionen die Steuerleistung anders gestaffelt und ein 4. Wahlkörper für Kleinkaufleute und Kleinhandwerker aufgenommen wurde. Zu den beiden herkömmlichen Sektionen war nun auch die Montan-Sektion getreten, deren Vertreter früher der Gewerbe-Sektion zugeteilt gewesen waren (MT 15. 5. 02).

Die Wahlvorbereitungen waren von den Tschechen 1902 besonders tatkräftig geführt worden, nachdem sie die Errichtung des vierten Wahlkörpers so schwer erkämpft hatten. Die Wahl sollte ihnen den Eintritt in die Handelskammer bringen. Bei diesem Kampf ging es vor allem um die gleichgültigen oder unschlüssigen kleinen Kaufleute und Handwerker in den überwiegend deutschen Gemeinden und um den Gewinn der jüdischen Stimmen, die bisher immer den Deutschen zugute gekommen waren.

Kurz vor der amtlichen Versendung der Stimmzettel und Legitimationskarten versandten die Tschechen Schreiben an die Stimmberechtigten mit der Aufforderung, sie möchten auf ihrem Stimmzettel nur ihre Unterschrift einsetzen, und dann die Blanko-Stimmzettel an bestimmte Advokatur-Kanzleien schicken, die sie dann ausfüllen und weiterleiten (MT 26. 4. 02). In Proßnitz wiederum schaltete sich der tschechische Bürgermeister ein, der mit diesen Zetteln sogar seine Polizisten zu den Wählern schickte, die ihm die unterschriebenen Blanko-Wahlscheine samt Legitimationskarten gleich wieder zurückbringen sollten (MT 3. 5. 02).

Der Kampf um die jüdischen Stimmen wurde mit Drohungen und mit „Aufklärung“ über ihre deutschen Freunde geführt. Der Antisemitismus dieser Jahre gab der tschechischen Presse Material genug. Dazu kamen Drohungen mit Boykott und Androhung neuer Ausschreitungen. Schon 1899 und früher waren jüdische Häuser und Läden ausgeraubt und zerstört worden, besonders in Holleschau, Prerau und anderen Kleinstädten. Den Olmützer jüdischen Wählern wurde der „Pozor“ mit diesen freundlichen Hinweisen sogar ins Haus geschickt (MT 7. 5. 02). Andere tschechische Gemeinden wiederum haben den jüdischen Händlern auf ihren Jahrmärkten den Platz verweigert, wenn sie sich nicht schriftlich verpflichteten, tschechisch zu wählen (MT 5. 5. 05).

Daß die jüdischen Kaufleute in den überwiegend tschechischen Gemeinden schließlich diesem vielseitigen Druck nachgaben und zum erstenmal tschechisch wählten, ist zu verstehen. So schnellten die tschechischen Stimmen

in die Höhe in Holleschau, Prerau, Kojetein, Tobitschau, Zlin, Wisowitz, Loschitz, Welka, Ung.-Ostra, Bisenz, Bistritz, Ung.-Hradisch, Mähr.-Ostrau. Nur in Ung.-Brod wählten die Juden deutsch und in Proßnitz deutsch oder gar nicht. In Olmütz und den deutschen Städten Nordmährens wählten sie geschlossen deutsch.

Aber auch die Deutschen waren vor dieser Kammer-Wahl rühlig, wenn auch nicht so sehr wie die Tschechen. So brachte es in Sternberg der Gärtner Wonka zuwege, daß von den 410 wahlberechtigten Deutschen in Sternberg 397 ihre Stimmen abgaben, sodaß Sternberg eine Wahlbeteiligung von 98% hatte (MT 14. 5. 02).

Auch der Erzbischof Kohn, der als Besitzer mehrerer Fabriken, Steinbrüche usw. im 1. Kataster eine überaus wichtige Stimme hatte, widerstand dem tschechischen Druck. Er weigerte sich, tschechischen Agitatoren seinen Blanko-Wahlschein auszufolgen und wurde dafür nun von den tschechisch-radikalen Blättern scharf angegriffen. Der „Pozor“ kündete an, eine ständige Rubrik über ihn zu eröffnen und über sein ganzes Verhalten zu Gericht zu sitzen. Was er dann mit seinen „Rectus-Briefen“ auch wirklich tat und so nicht wenig zu Kohns Sturz beitrug (MT 2. 6. 02).

Trotz dieses Großeinsatzes aller Mittel brachte diese Wahl den Tschechen nur 10 von 52 Sitzen, obgleich 10 592 tschechische und nur 7146 deutsche Stimmen abgegeben worden waren (Fr. 68).

Handel:	I. Sektion	30 dt. +	10 tsch. Stimmen =	2 dt. Vertreter
	II. Sektion	56 dt. +	49 tsch. Stimmen =	4 dt. Vertreter
	III. Sektion	673 dt. +	499 tsch. Stimmen =	4 dt. Vertreter
	IV. Sektion	1661 dt. +	3304 tsch. Stimmen =	4 dt. + 4 tsch. Vertr.
Gewerbe:	I. Sektion	160 dt. +	34 tsch. Stimmen =	10 dt. Vertreter
	II. Sektion	275 dt. +	147 tsch. Stimmen =	8 dt. Vertreter
	III. Sektion	786 dt. +	550 tsch. Stimmen =	8 dt. Vertreter
	IV. Sektion	3505 dt. +	5999 tsch. Stimmen =	6 tsch. Vertreter
Montansektion:		15 dt. +	7 tsch. Stimmen =	2 dt. Vertreter

Dieses Mißverhältnis zwischen Stimmen-Zahl und Mandaten, das Ergebnis eines reinen Mehrheitswahlrechtes bei vollkommen getrennten Wahlkörpern, wirkte sich übrigens auch bei den Gemeindewahlen in gleicher Weise aus, schuf Verbitterung bei den Unterlegenen und führte zu groß-angelegtem Wahlschwindel.

Als die neuen 10 tschechischen Mitglieder der Handelskammer nun die Einladung zur konstituierenden Sitzung erhielten, sandten sie diese zurück, weil sie einsprachig deutsch war (MT 3. 6. 02). Damit ging der Kampf um die Verhandlungssprache los und die gleichen nationalen Kämpfe begannen hier, wie sie im Reichsrat und den anderen gemischtsprachigen Gremien in Österreich seit langem üblich waren.

Dennoch kamen die Tschechen auch bei der Wahl des Jahres 1906 über 10 Mandate nicht hinaus, ja, ihre Stimmen gingen sogar leicht zurück.

Handel:	I. Sektion	29 dt. +	10 tsch. Stimmen
	II. Sektion	94 dt. +	31 tsch. Stimmen
	III. Sektion	795 dt. +	451 tsch. Stimmen
	IV. Sektion	1815 dt. +	3261 tsch. Stimmen
Gewerbe:	I. Sektion	139 dt. +	41 tsch. Stimmen
	II. Sektion	293 dt. +	120 tsch. Stimmen
	III. Sektion	836 dt. +	594 tsch. Stimmen
	IV. Sektion	3578 dt. +	5847 tsch. Stimmen
Montansektion:		15 dt. +	7 tsch. Stimmen

Erst nach 1918 gelang es den Tschechen, die Handels- und Gewerbekammer, die ein neues Wahlrecht erhielt, ganz in die Hand zu bekommen.

### *Národní jednota Severomoravská\*\*\**

Als um 1880 die tschechischen Abgeordneten des Wiener Reichsrats in die Regierung eintraten und sich der Regierung Taaffe zur Verfügung stellten, entstand „zum Schutz der tschechischen Belange“ und als Plattform für die Kleinarbeit in Stadt und Land die *Národní jednota* (= nationale Einheitsverband) zunächst für Nordmähren in Olmütz, dann auch für Ostmähren in Mährisch-Ostrau, und die „*Matice školská*“, ein tschechischer Schulverein (Fr. 10). Als deutsche Antwort darauf entstand der „Deutsche Schulverein“ und der „Bund der Deutschen Nordmährens“. Die Anfänge waren auf beiden Seiten sicher Idealismus und Begeisterung, doch lag es wohl in der Natur der Sache, daß Maßnahmen zum Schutz des eigenen Volkes zugleich eine Frontstellung gegen das andere Volk bedeuteten. Volksbildnerische Bestrebungen, Aufrütteln und Aufwecken der schwer arbeitenden kleinen Leute aus ihrem geschichtslosen Leben ging bei den Tschechen bald Hand in Hand mit Angriffen auf das deutsche Volk. Galt doch seit Jahrhunderten in den böhmischen Ländern die deutsche Sprache als die Sprache des Herrenvolkes, und nur der Weg über eine Germanisierung führte seit den Tagen des aufgeklärten Absolutismus zu einer sozialen Höherstellung, wenigstens bis in die achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts. Dieser Germanisierungs- und Assimilierungs-Vorgang, den das kaiserliche Wien schon durch seine bloße Existenz hervorrief, ist vor allem in Westdeutschland niemals genügend bemerkt worden. Auf die Störung dieses Vorgangs und des Mythos von der deutschen Überlegenheit waren letzten Endes alle Maßnahmen der tschechischen Führer seit 1848 gerichtet.

Am 28. Juni 1885 wurde in Olmütz die „*Národní jednota Severomoravská*“ (= Nationaler Einheitsverband für Nordmähren) gegründet. Ihr Aufruf begann: „*Moravané! Čechové!*“ (= Mährer! Tschechen!) und brachte unter anderem Klagen über das Überhandnehmen des Deutschtums und die Unterdrückung der Tschechen durch die österreichische Regierung. Richard Fischer

---

\*\*\* Nationaler Einheitsverband für Nordmähren.

klagte: „Und was soll ich erst sagen von Nordmähren, wo seit alter Zeit Schritt für Schritt die Germanisierung fortschreitet, damit unser Volk abwürgt und durch seine Macht und sein Kapital unsere Kinder entnationalisiert? Ist es nicht im höchsten Grade notwendig, daß wir dem durch unsere gemeinsame Macht Einhalt gebieten?“ (Fr. 90).

Gründer der Jednota waren: Dr. Žáček, Rechtsanwalt in Olmütz, später Reichsratsabgeordneter und österreichischer Minister, sein einstiger Konzipient Dr. Šramota, der später Mähr. Weißkirchen als erster tschechischer Bürgermeister aus der Hand der Deutschen übernahm; Dr. Hruban, christlich-sozialer Reichsrats-Abgeordneter; Dr. Jiříček, Redakteur des „Našinec“ (Fr. 91). Laut Statuten diente die Jednota „zur geistigen und materiellen Hebung des Volkes in den Gegenden des Olmützer, Prerauer und Hradischer Kreises“. Über die Durchführung dieser Aufgabe meldet ihr Tätigkeitsbericht: „Durch zahlreiche Versammlungen, Eingaben und Beschwerden an alle Instanzen und Ministerien wurde von der Jednota für den Gebrauch der tschechischen Sprache bei Ämtern demonstriert und jeder auch nur scheinbaren Zurücksetzung energisch entgegengetreten. Gegen die geringste Verletzung der Sprachenrechte in den verschiedenen Rathäusern setzte sofort ein künstlicher Entrüstungssturm ein... Die nationalen Kataster in den Rathäusern (nach 1905) wurden genau überprüft und mit peinlicher Sorgfalt darüber gewacht, daß dem tschechischen Element nichts verloren gehe. In das deutsche Gebiet wurden von der Jednota tschechische Kaufleute und Handwerker entsendet und ausgiebig unterstützt. Sie hatten deutsche Firmenschilder, inserierten in deutschen Blättern und gaben sich als Deutsche aus, solange es ihnen zum Vorteil gereichte. In allen tschechischen Orten, in die ein deutscher Beamter hätte versetzt werden können, wurden feierlich flammende Proteste vorbereitet und bereitgehalten. Auf diese Weise wurde erreicht, daß immer genügend Plätze für tschechische Anwärter vorhanden waren. Nur in diesem Kleinkrieg ist das Inseldeutschtum, das sich längs aller Verkehrswege eingefressen hatte und in jedem Straßenwirthshaus gesprochen wird, das allenthalben im Land, in Schlössern und Klöstern, Forsthäusern und Mahlmühlen vorherrscht, auszurotten und zu vernichten.“ So zitiert Kux (KO 376) einen Bericht der Jednota.

In die wichtigeren Orte brachte die Jednota schon um 1900 nicht nur Handwerker und Kaufleute, sondern auch ihre Intelligenz. Stolz zählt Fischer auf: in Mähr.-Schönberg: 2 Advokaten und 1 Arzt, in Mähr.-Neustadt: je 1 Advokat und Arzt, in Müglitz seit 1899 ein Advokat, in Sternberg je 1 Advokat und Arzt, ebenso in Hohenstadt und Littau, aber auch im Innern des geschlossenen Sprachgebietes Nordmährens (Fr. 92).

Die größte Aufmerksamkeit aber wurde der Schule zugewandt. Der Kampf galt zunächst den Schuleinschreibungen in den Orten, wo es sowohl deutsche wie tschechische Schulen gab, und wo es galt, die tschechischen Eltern davon abzuhalten, ihre Kinder in die meist höher organisierten deutschen Schulen zu geben, wo sie auch bessere Aufstiegsmöglichkeiten für ihre Kinder sahen, vor allem noch um 1900 herum. „Tschechische Kinder

gehören in die tschechische Schule", war der Kampfruf dieser Jahre. Durch ausgiebige Betreuung, Versorgung mit Lebensmitteln, Kleidern und allen Lernmitteln unterstützten sie diese Parole und setzten dafür die Frauengruppen ein, „damit die tschechischen Kinder von den deutschen Verlockungen bewahrt blieben“. Sobald die „Lex Perek“ galt, wurden hunderte tschechischer Kinder aus deutschen Schulen reklamiert, ja Abgeordnete wurden aufgeboten, die Geltung dieses Gesetzes sicherzustellen. Selbst in tschechischen Orten wirkte die Jednota für den Ausbau des Schulwesens. Die tschechische Lehrerschaft Nordmährens stand in den ersten Reihen der Jednota und leistete für sie und die tschechische Sache wesentliche Arbeit. Im Ringen um die Errichtung von Bürger- und Mittelschulen war die Jednota wesentlich beteiligt, ebenso in der Fürsorge für Kindergärten und gewerbliche Fortbildungsschulen.

Eine lange Zeit führte die Jednota allein die Aktion für die Unterbringung von tschechischen Lehrlingen in den meist deutschen Städten bei Handwerkern und Kaufleuten, hielt sie in Evidenz und betreute sie nach Möglichkeit. Sie sorgte dafür, daß sich junge tschechische Kaufleute in deutschen Gemeinden niederließen und verschaffte ihnen Anfangskredite. Sie hielt genaue Übersicht, wo solche Niederlassungs-Möglichkeiten bestanden. „In Schönberg, Schildberg, Hohenstadt, Neustadt, Sternberg und besonders Olmütz dankten der Jednota zahllose Gewerbetreibende für ihre sichere Existenz.“

Später, nach 1893, wirkte in dieser Richtung der in Olmütz neu gegründete „Klub selbständiger Kaufleute und Gewerbetreibender“, der einen wesentlichen Anteil an der Tschechisierung Nordmährens, auch jahrhundertlang rein deutscher Gemeinden, hatte und der überallhin tschechische Gewerbetreibende brachte und zugleich ihre Existenz sicherstellte.

Diese Gewerbetreibenden, die alle gut deutsch sprachen, da sie ja wohl alle bei deutschen Meistern gelernt hatten, schickten notgedrungen ihre Kinder auch zur deutschen Schule, gingen verträglich und fleißig ihrer Arbeit nach. Aber sie bildeten die ersten tschechischen Zellen in rein deutschen Städten, in Zwittau und Trübau, Schönberg und Sternberg, Römerstadt und Freudenthal. Sie standen in dauernder Verbindung mit der Jednota, die sie dahin geschickt hatte. Einzelne Ortsgruppen der Jednota übernahmen die Patenschaft dieser Vorposten, hielten den persönlichen Kontakt mit ihnen aufrecht, luden ihre Kinder zu Ferienaufenthalten ins Tschechische ein, sandten ihnen regelmäßig unentgeltlich Zeitungen und Zeitschriften und sorgten dafür, daß sie bald nicht mehr allein standen, daß andere Kaufleute, Handwerker, vor allem möglichst bald ein tschechischer Gastwirt dort Fuß faßten. Einen tschechischen Pfarrer oder Kaplan gab es ohnedies bestimmt in erreichbarer Nähe, wenn nicht im Ort selbst, und sobald 5 oder 6 Familien ansässig waren, wurde eine „Beseda“ gegründet, ein Geselligkeitsverein, und sobald es 20 Kinder gab, wurde von der Hauptleitung der Jednota eine tschechische Schule in dieser deutschen Stadt verlangt.

Unter dem Schutz und in der Zielsetzung der Jednota stand auch das gesamte Volksbildungswesen. Vorträge und Kurse fanden nicht nur in den großen tschechischen Gemeinden statt, sondern sie wurden frühzeitig aufs Dorf gebracht und vor allem zu den im deutschen Sprachgebiet angesiedelten Tschechen. Tausende von Büchern sandte sie in die abgelegensten Orte, ergänzte oder tauschte Büchereien aus. Tausende ausgelesener Zeitungen sandte sie in Gemeinden, wo es keine tschechischen Zeitungen gab. Darüber hinaus gab es in jeder ihrer Ortsgruppen eine Volksbücherei. Nationale Schriften und gefühlvolle Romane jeder Abstufung bildeten wohl den Hauptinhalt. Sobald ein tschechischer Lehrer im Ort war, kamen noch die klassischen tschechischen Geschichtswerke von Palacký bis Havlíček mit ihren Ideen vom Reich des böhmischen Königs Wenzel in diese Büchereien und dienten als Grundlage der Vorträge, die der Lehrer regelmäßig seiner kleinen Gemeinde hielt.

Der Volkszählung wandte die Jednota stets die größte Aufmerksamkeit zu. Schon Jahre vorher begann die Arbeit. In unzähligen Versammlungen und Hausbesuchen galt es, die vielen hundert Menschen, die gefühlsmäßig zwischen beiden Nationen standen, auf die tschechische Seite zu ziehen. Die Menschen, die durch ihr Zusammenleben mit Deutschen dazu neigten, sich ihnen zu assimilieren, besonders, wenn sie glaubten, dadurch die Aufstiegsmöglichkeiten ihrer Kinder zu verbessern; Menschen, die wohl von tschechischen Eltern stammten, aber aus irgend einem Grund deutsche Schulen besucht hatten, also in die deutsche Kulturwelt hineingewachsen waren; Menschen, die in Mischehen lebten, also schon durch ihre Gattenwahl ihre nationale Gleichgültigkeit bewiesen und sich nun im täglichen Leben der Sprache bedienten, die in ihrer Gemeinde vorherrschte; Kinder aus Mischehen, die beide Sprachen beherrschten und sich nach der jeweiligen Umgebung entschieden; tschechische Knechte und Mägde, die in deutschen Familien lebten und dort deutsch sprachen; Lehrlinge und Gesellen, die bei deutschen Meistern in patriarchalischer Weise auch in ihren Familien lebten; Arbeiter in deutschen Fabriken, die durch ihr Umschwenken ins deutsche Lager ihren Arbeitsplatz besser zu sichern glaubten usw.

Da die österreichischen Volkszählungen niemals nach der Volkszugehörigkeit, sondern nur nach der Umgangssprache fragten, und da ferner meistens der Haushaltungsvorstand den Volkszählungsbogen ausfüllte, war seinem persönlichen Ermessen weitgehend Raum gewährt. So erklärte das Tagblatt vor der Volkszählung von 1910: „Es ist klar, daß der Haushaltungsvorstand das Recht hat, für die im Haushalt lebenden Dienstboten, Lehrlinge und Gesellen die seiner Sprache gleiche Umgangssprache anzugeben“, was natürlich auf tschechischer Seite einen Sturm der Entrüstung hervorrief, die überall „Umgangssprache“ gleich „Volkszugehörigkeit“ setzen wollte (MT 23. 12. 10).

„Die Jednota bemühte sich um den Schutz tschechischen Bodens und Besitzes oder um die Erwerbung neuen Besitzes, wenn auch nur als Mittler, da ihre geldlichen Mittel in keiner Weise ausreichten.“ Wirksam war der

Versuch zur Gründung eines nationalen „Grundkaufsfonds“, „aber die Mittel gingen so spärlich ein, daß sich eine größere Aktion nicht durchführen ließ. Wie schmerzhaft war das, wenn aus Nordmähren ein Hilferuf kam, daß eine Erbrichterei (die seit ihrer Gründung aus grüner Wurzel im 13. Jahrhundert in deutschem Besitz war!!), ein Haus, ein Feld zum Verkauf kam, und die Národní jednota unter der Last all ihrer anderen Aufgaben nicht helfen konnte!“ (Fr. 91).

„Im nationalen Kampf spielten eine wesentliche Rolle die Národní domy (= tschech. Volkshäuser), Besedy (= Gesellschaftshäuser) usw. Sie waren die gesellschaftlichen Mittelpunkte der Tschechen seit 1848, als das politische Leben bei uns erwachte, und seit den achtziger Jahren vor allem Mittelpunkte des gesellschaftlichen Lebens. Gewöhnlich war das ein Gasthaus, aber Bier trinken war nicht der Zweck dieser Zusammenkünfte. Wo es verhältnismäßig friedliche Beziehungen zwischen Deutschen und Tschechen in gemischtsprachigen Orten gab, genügte irgend ein Gasthaus. Aber dann kamen die Wahlkämpfe. Die Wahlvorbereitungen mußten vor dem Gegner durchgeführt werden. Außerdem gab es Lesezirkel, Gesangsvereine, Volksbildungs- und Musikvereine usw. Darum waren im Gasthaus eigene Räume notwendig für Versammlungen, Vorträge, Proben“ (Fr. 80).

Die Zahl der Ortsgruppen und der Amtswalter war mittlerweile so gewachsen, daß die Hauptleitung seit dem 1. 1. 1900 eine Arbeitsanweisung für ihre Amtswalter monatlich im Druck herausgab, die seit dem 1. 1. 1906 als „Stráž Moravy“ (Mährische Wache) erschien und wohl die wichtigste Quelle für die Tschedisierung Nordmährens darstellt, für die vorliegende Arbeit aber leider nicht zugänglich war. Eine Reihe lokaler Zeitungen unterstützte gleichfalls die Jednota, einerlei, ob sie agrarisch oder sozialistisch, christlich-konservativ oder fortschrittlich-liberal waren. Die älteste mittelmährische Tageszeitung war der „Našinec“ (Der Unsrige — seit 1869), der dem Olmützer Erzbischof nahestand und in seiner Druckerei erschien. Der „Pozor“ (Achtung!) als national-kämpferisch seit 1871; die „Selské listy“, das Agrarblatt der Hanna, seit 1884; die „Litovelské noviny“ für den Kreis Littau-Loschitz, seit 1891; die „Malá Haná“ für das Gebiet der Kleinen Hanna zwischen Gewitsch und Konitz; „Moravský sever“ seit 1900 für Nordmähren und Hohenstadt, später unter dem Namen „Severní Morava“ (Nordmähren); „Zpravodaj“ (Anzeiger) und „Hlas lidu“ (Stimme des Volkes), beide in Olmütz und mehr links gerichtet, und die „Proudy“ (Sturmkolonnen), gleichfalls in Olmütz. Im Kampf um die Eroberung bisher von den Deutschen festgehaltener Ämter und anderer Machtpositionen, gegen die deutschen Fabrikanten und Unternehmer, für die Durchführung des wirtschaftlichen Boykotts der Deutschen, für den Aufbau des tschechischen Schulwesens waren alle diese Blätter einer Meinung und unterwarfen sich freiwillig, wenn auch mit verschiedener Intensität, den Zielsetzungen der Jednota.

Ihre Organisation war im ganzen Land straff durchgeführt. Der Zusammenschluß aller örtlichen tschechischen Vereine in den Ortsgruppen der Jednota (= Einheitsverband) gab ihr die Möglichkeit, alle Weisungen der Zen-

trale auf dem kürzesten Weg durchzuführen und zugleich die Arbeit aller Vereine in der gewünschten Richtung zu halten.

Ebenso war der Schwesterverband für Ostmähren aufgebaut („Národní jednota východomoravské“), mit dem es immer wieder Absprachen für gemeinsame Aktionen gab.

Doch erweckte die Diktatur des Führungsgremiums, das im Národní dům zu Olmütz seinen Sitz hatte, endlich in den eigenen, bereits erstarkten Reihen Widerstand, besonders als sie sich immer eindeutiger im national-liberalen Fahrwasser bewegte und der weltanschaulichen Aufspaltung des Volkes keine Rechnung trug. 1910 kam es zu scharfen Angriffen der tschechischen Kaufmannschaft gegen den „Klub der Doktoren“ im Národní dům (MT 29. 9. 10). Doch auch die meist christlich-sozial gesinnten tschechischen Hanna-Bauern wandten sich um diese Zeit gegen die Diktatur der liberal-nationalen städtischen Oberschicht, die ihr Schiff wie in den achtziger Jahren noch immer in gleicher Richtung steuerte (MT 5. 10. 10).

Die Zahl der Ortsgruppen und ihrer Mitglieder nennt Fischer in seinem Rechenschaftsbericht leider nicht. Doch ist anzunehmen, daß Ortsgruppen in allen nord- und mittelmährischen Gemeinden mit mindestens 100 Tschechen bestanden, und daß in den kleineren Gemeinden zum mindesten ihre Vertrauensmänner saßen. Auch über Größe, Herkunft und Verwendung der Geldmittel ist nichts gesagt, wenn auch weniger der Aufwand eigener Gelder als vielmehr das Steuern und Flüssigmachen fremder Gelder, die Steuerung der verschiedenen Vereine in bestimmter Richtung Sache der Jednota war. Eigene Veranstaltungen waren nur die politischen Tábory, mit denen die Tschechen ihre politischen Ziele gegenüber der österreichischen Regierung auszudrücken versuchten, und zu denen sie tatsächlich das ganze Volk auf die Beine zu bringen verstanden.

#### *Bund der Deutschen Nordmährens*

Die Gründung der beiden politischen Vereine (1870 „Deutscher politischer Verein“, und 1873 „Politický spolek“) führte zu einer Klärung der nationalen Lage in Mähren, zugleich aber auch zu einer Verhärtung der Fronten. Die beiden Schulvereine (1872 Maticе školská und 1880 Deutscher Schulverein) suchten den nationalen Besitzstand zu sichern, denn wer die Jugend hat, hat die Zukunft. Doch das andauernde Abbröckeln deutschen Bodens, die von den Tschechen systematisch gesteuerte Erwerbung deutschen Besitzstandes machte ein Gewährenlassen auf die Dauer unmöglich, besonders als sich 1885 alle politischen Kräfte der Tschechen von Mittel- und Nordmähren zur „Národní jednota severomoravská“ zusammenschlossen.

Die gleichen nationalen Verhältnisse herrschten auch in Böhmen, vielleicht in noch größerer Härte. So hatte sich 1884 in Budweis der Böhmerwaldbund gebildet, dessen Aufgabe die Sicherung des Deutschtums in Südböhmen war. 1886 folgte seinem Beispiel die Gründung des Bundes der

Deutschen in Nordmähren, 1892 in Pilsen der Bund der Deutschen in Westböhmen, von dem sich 1894 in Teplitz der Bund der Deutschen in Nordwestböhmen und 1895 der Bund der Deutschen im Egerer Kreis lösten. 1894 entstand auch der Bund der Deutschen in Ostböhmen und im gleichen Jahr die Nordmark in Österreichisch-Schlesien (Nm.).

Alle diese nationalen Schutzverbände hatten sich die gleiche Aufgabe gestellt: Gesundung und Kräftigung der Wirtschaft des Deutschtums im Sprachgrenzgebiet. Ihre Aufgaben grenzten sie deutlich gegen den Deutschen Schulverein ab, mit dem sie übrigens in dauernder Fühlung blieben. So gründete z. B. 1901 der Deutsche Schulverein in Niedereisenberg eine Volksschule und der Nordmährerbund kurz darauf ein Deutsches Haus. Nicht politische Reden zu halten oder Entschließungen zu fassen war ihre Aufgabe, sondern praktische Kleinarbeit (Fr. 87).

Am 23. Oktober 1886 wurden die Satzungen für den Zentralverein vom österreichischen Innenministerium genehmigt, und wenige Wochen später kamen die Gründer des Bundes in Olmütz zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen, über die das Mährische Tagblatt ausführlich berichtete.

Im ersten Aufruf heißt es: „Die Überzeugung, daß die nationale Organisation der Deutschen Nordmährens noch eine höchst unvollkommene ist; daß es hoch an der Zeit ist, für die Kräftigung des Deutschtums in gewerblichen und landwirtschaftlichen Kreisen, namentlich in den an der Sprachgrenze gelegenen Orten durch Bereitstellung deutscher Lehrlinge, Gehilfen und Arbeiter Sorge zu tragen; wie auch die traurige Wahrnehmung, daß der deutsche Gedanke leider noch nicht überall unter unseren Stammesgenossen so feste Wurzeln gefaßt hat, wie dies angesichts der drückenden Verhältnisse eine unbedingte Notwendigkeit ist, haben die Gefertigten zur Gründung eines Bundes der Deutschen Nordmährens veranlaßt.“

Als Aufgaben werden genannt:

- a) Erforschung und Schilderung der landwirtschaftlichen und gewerblichen Verhältnisse und der aus dem Zustand derselben sich ergebenden Bedürfnisse.
- b) Bildung von Spar- und Vorschußvereinen.
- c) Förderung der Errichtung von Fachschulen und Stipendien für die Zöglinge derselben.
- d) Einführung und Förderung lohnender Erwerbszweige.
- e) Stellennachweis für Lehrlinge, Dienstboten, landwirtschaftliche und gewerbliche Hilfsarbeiter.
- f) Verbreitung von Druckschriften eigenen und fremden Verlags.
- g) Aufstellung von Volksbüchereien.
- h) Veranstaltung von Wanderversammlungen, Vorträgen und Fachausstellungen.
- i) Verteilung von Werkzeugen, Modellen und Mustervorlagen.
- k) Hebung des Fremdenverkehrs.

Politische Angelegenheiten sind von der Vereinstätigkeit ausgeschlossen... Vorsitzender der gründenden Versammlung war Hermann Braß,

Fabrikant in Hohenstadt. Der Vorstand hat 18 Mitglieder, von denen ein Drittel in Olmütz wohnen muß.

In die Landesleitung wurden gewählt: Obmann Hermann Braß, Stellvertreter Heinrich Sachs, Geschäftsführer Theodor Knaute, Zahlmeister Hermann Brudniok, Schriftführer Josef Föhner.

Ortsgruppenleitung: Obmann Moritz Sachs, Stellvertreter Moritz Läufer, Zahlmeister Hermann Brudniok, Stellvertreter Emmerich v. Szekély, Geschäftsführer Theodor Knaute, Stellvertreter Redakteur Seethaler."

Anschließend versammelten sich die Herren zu einer geselligen Zusammenkunft. „Hierauf fand eine fröhliche Ex-Kneipe statt, welche bis nach Mitternacht währte" (MT 12. 12. 86).

In dieser Geburtsstunde des Nordmährerbundes waren schon alle seine positiven und negativen Seiten vorhanden.

Auf jeden Fall ging die Gründungstätigkeit von Ortsgruppen bald rüstig voran, so daß die Hauptleitung schon im Juni 1887 ein Bundeszimmer suchte und eine hauptamtliche Schreibkraft aufnehmen mußte (MT 4. 6. 87). Schon am 1. Februar 1887 wurden bereits die ersten 20 Ortsgruppen gemeldet, die wenigstens in Vorbereitung waren. Die Olmützer Ortsgruppe erhielt am 14. 2. 87 ihre Satzungen genehmigt. Es folgten: Königsfeld bei Brünn, Bärn, Klantendorf, Stadt-Liebau, Hohenstadt, Eisenberg bei Schönberg, Neu-Ullersdorf, Littau, Mähr.-Neustadt (26. 2.), Nebotein (6. 3.), Nedweis, Sternberg (24. 2.), Hof, Neretein (3. 6.), Rybnik, Nimlau (8. 3.) mit Schnobolin, Müglitz, Mähr.-Aussee, Neutitschein (MT 14. 2. 87).

Im Mai wurden als neue Ortsgruppen Wien, Landscron und Neustift ausgewiesen (MT 21. 5. 87). Ende Mai waren es schon 39: Weska, Zwittau, Markersdorf bei Mähr.-Neustadt, Neugasse, Oskau, Mähr.-Schönberg, Mähr.-Trübau, Wiesenberg, Wolledorf, Moskelle, Powel, Groß-Waltersdorf, Langendorf (MT 28. 5. 87).

Über dieser Gründungstätigkeit wurde aber das eigentliche Aufgabengebiet des Bundes nicht vergessen. In der Bundesleitungssitzung vom 20. März 1887 wurde über die Unterbringung deutscher Lehrlinge in den gemischtsprachigen Städten beraten. Die versuchsweise Einführung der Spar- und Vorschußkassen in Markersdorf, Hohenstadt und Olmütz wurde beschlossen. Am 25. Mai 1887 brachten die deutschen Zeitungen die ersten Angebote der Stellenvermittlung, die weiterhin in regelmäßiger Folge erschienen.

Die neu gegründeten Vereine erwiesen sich bald als durchaus lebensfähig, ein Beweis für die Notwendigkeit eines deutschen Schutzvereins auf breitester Grundlage. Die Ortsgruppe Neugasse z. B. gründete schon im September innerhalb ihres Rahmens einen „Gesangclub“, „was von den Anwesenden sympathisch begrüßt wurde" (MT 4. 9. 87).

Die erste Bundes-Hauptversammlung wurde für den 2. September 1887 in den städtischen Redoutensaal zu Olmütz einberufen. 164 Vertreter von 48 Ortsgruppen hatten sich eingefunden, die 3948 ordentliche und 44 gründende Mitglieder umfaßten. Der Rechenschaftsbericht des Bundesvorsitzenden begann um 3 Uhr und unterstrich noch einmal seine Ziele: „Kein poli-

tischer Verein ist es, den wir gegründet; kein Angriffsverein, wie ihn die Gegner haben; er soll ein Bollwerk der Verteidigung werden für unser Volkstum . . ." Betont wird auch, daß er überkonfessionell und überparteilich in seiner Arbeit sein will und daß der Vorwurf des Antisemitismus zu Unrecht gegen ihn erhoben wird. In Nordmähren bestehen nun im Rahmen des Bundes bereits 40 deutsche Vorschußkassen (u. a. in Hohenstadt und Mähr.-Aussee, vorbereitet werden sie in Markersdorf, Neu-Ullersdorf, Ribnik und Hombok), während die Tschechen im gleichen Raum 84 záložny besitzen. Abends wird die Hauptversammlung durch einen Commers unter Mitwirkung des Olmützer Männer-Gesangvereins und des Hausorchesters abgeschlossen (MT 4. 9. 87).

Im Dezember wurden bereits 50 Ortsgruppen gemeldet und der Bund ging daran, eine Zentralbücherei zu errichten, die als Wanderbücherei die Ortsgruppen mit guter deutscher Literatur und Unterhaltung versorgen soll. Verschiedene deutsche Verlage wurden deshalb um Bücherspenden angegangen (MT 19. 12. 87).

Am 13. Jänner 1888 eröffnete die Olmützer Ortsgruppe das erste Lehrlingsheim mit 5 Betten (MT 31. 1. 88).

Damit war der Weg bestimmt, den die Tätigkeit des Bundes zunächst gehen sollte. Die Jahreshauptversammlungen wanderten durch alle größeren nordmährischen Städte und wurden zu echten Volksfesten, an denen sich alle deutschen Kreise beteiligten, wenigstens bis zum Beginn des ersten Weltkrieges. Beflaggung der Stadt, Festzug, Volksfest begrüßten die Gäste aus ganz Nordmähren. Von 1893 wissen wir, daß in Hohenstadt die ganze Stadt beflaggt hatte, zum Teil auch schwarz-rot-gold, daß alles auf den Beinen war, daß alle bürgerlichen deutschen Vereine der Umgebung beteiligt waren, doch daß es die Hauptleitung versäumt hatte, den „Arbeiter-Bildungs-Verein“ mit einzuladen, was dieser sehr übel aufnahm (MT 3. 10. 93).

Wenige Tage später ging die Olmützer Ortsgruppe an die Errichtung einer Volksbücherei, die freilich nur Mitgliedern des Bundes gegen ein ganz geringes Entgelt zugänglich sein sollte. Eine Büchersammlung sollte die nötigen Bücher dafür aufbringen. Die wiederholten Aufrufe im Tagblatt, die Bücherei zu benutzen, lassen auf einen geringen Widerhall dieser Einrichtung in den ersten Jahren schließen. Ab Neujahr 1894 wurde darum auch die Volksbücherei allgemein zugänglich, wenn auch die Nicht-Mitglieder eine etwas erhöhte Leihgebühr zu entrichten hatten (MT 2. 1. 94).

Im Herbst des gleichen Jahres gelang es dem Bund, seine Räume in der Böhmengasse 9 zu erweitern; denn sein Arbeitsgebiet war mittlerweile viel größer geworden. Auch die Bücherei wurde nun bedeutend erweitert, auch durch eigene Buchanschaffungen, und regelmäßige Ausleihstunden wurden festgesetzt. Der Bestand umfaßte um diese Zeit rund 1000 Bände, Ausleihstunden waren Mittwoch und Samstag je 2 Stunden (MT 4. 10. 94).

Die Gründung neuer Ortsgruppen ging bis zur Jahrhundertwende weiter. In der 13. Hauptversammlung in Sternberg wurden über 200 Ortsgruppen mit reichlich 20 000 Mitgliedern gemeldet. Der geringe Jahresbeitrag von

20 Kreuzern jährlich mag auch die weite Ausbreitung des Bundes gefördert haben. Die Ortsgruppen wurden nun in Bezirksverbände zusammengefaßt. Die Zahl der ortsfesten Büchereien wuchs; sie wurden alle nach Olmützer Muster aufgebaut. Für die Unterbringung von Lehrlingen sind seit der Gründung des Bundes 11 600 fl. aufgewandt worden. Die Gründung von Jugend-Bundesgruppen, von Frauen- und Mädchengruppen, die Durchführung von Kochkursen wurde angeregt. Eine Kochschule der schon bestehenden Olmützer Frauen-Gruppe bestand schon seit 1898 und hatte sich bewährt. Sie war die Grundzelle der späteren Fachschule für Frauenberufe. Vor allem wollte Müglitz dem Olmützer Beispiel folgen. Vom „Nordmährerblatt“ und der Zeitschrift „Deutsche Welt“ aber rückte die Bundesleitung ab und erklärte, daß sie keine Organe des Bundes sind. Für die Außenarbeit wurde ein Bundes-Wanderlehrer bestellt. An Einnahmen des Rechnungsjahres weist der Zahlmeister 14 178 fl., an Ausgaben 10 132 fl. aus. Der Festzug und das Volksfest, welche die Sternberger vorbereitet hatten, waren leider verregnet und mußten ausfallen (MT 11. 9. 99).

Berichtet wurde auch über den Versuch des Bundes, im Notstandsgebiet der Brodecker Sprachinsel die Potschen- (= Hausschuh)-Industrie als neue Hausindustrie einzuführen. Die Zeitungen warben wiederholt um Absatz für diese Potschen (MT 5. 9. 99).

In dem Bestreben, den nationalen Besitzstand besonders im Kleinbürgertum zu erhalten — der immer wieder betonten Hauptaufgabe des Nordmährerbundes — ist er auch schon 1891 daran gegangen, einen „Deutschen Gesellenverein für Nordmähren“ zu gründen, der allerdings 1902 das letztemal erwähnt wurde. Richard Fischer, der Führer der Národní jednota, ein deutschblütiger Tscheche, stellt jedenfalls fest, „daß sich der Nordmährerbund so viel als möglich um seine deutschen Stammesgenossen in gemischten Orten und Bezirken kümmerte“ (Fr. 87) und nannte ihn an anderer Stelle „einen gefährlichen Feind des tschechischen Volkes in Nordmähren“. Er verfolgte die Tätigkeit des Bundes mit der größten Aufmerksamkeit, nicht nur die „Deutschen Volkstage“ in den verschiedenen Städten im Sprachgrenzgebiet, die von der Jednota durch tábory (= Aufmärsche) oder Národní pouti (= Nationale Wallfahrten) oder Národní slavnosti (= Volksfeste) beantwortet wurden und meist zu blutigen Zusammenstößen führten (1901 in Littau, 1908 in Olmütz, seit 1909 die Sprachinseltage in Landskron, Zwittau, Müglitz, Schnobolin, Nebotein usw.). Daß es die Zeitung jedesmal besonders vermerkte, wenn es zu keinen Zusammenstößen kam, läßt auf die Regel zurückschließen. Mit großer Aufmerksamkeit verfolgte Fischer vor allem die sozialen Maßnahmen des Bundes. 1901 beschloß die Bundeshauptversammlung die Gründung eines Waisenfonds zur Unterbringung von deutschen Waisenkindern in deutschen Gemeinden und Familien „zur Füllung der deutschen Schulvereinschulen in den tschechischen Dörfern“, wie Fischer bemerkt.

1901 wurde die erste Waisenkolonie in Witteschau bei Hohenstadt gegründet, in sehr bescheidenem Ausmaß übrigens: 5 Waisenkinder aus Mähr.-

Trübau, Neustadt und Sternberg. 1910 kamen 9 deutsche Waisenkinder aus Konitz und Mähr.-Neustadt nach Littau, und nach Römerstadt 9 Waisen. Aufwand für diese 3 Kolonien: Witteschau 1596 K., Littau 1563 K., Römerstadt 1044 K. 1913 waren so 38 Waisenkinder untergebracht. „Dieser Aktion wandte der Bund viel Sorgfalt und Geld zu“, stellte Fischer fest.

Das Jahr 1902 scheint eine Führungskrise nicht ohne Verluste überwunden zu haben. Im Bezirksverband Olmütz berichtete der Obmann Noczil, Neugasse: „Aber von Wien kommt seit Jahren Unheil über die deutschen Provinzen und die deutsche, schaffensfreudige Arbeit. Zuerst suchte man den Deutschen Schulverein zu stören, ja lahmzulegen. Dann kam der Kampf der Christlichsozialen, dann das Wüten Schönerers gegen andere Alldeutsche, so daß der völkische Gedanke fast zur Fratze entstellt wird, und wieder von Wien kommt der Nordmährerbund ins Wanken wegen Verfolgung eitler, doktrinärer Anschauungen. Mögen Einsicht und Vernunft diesen Angriff abwehren zum Heil des Bundes!“ (MT 9. 5. 02).

Wenige Tage später lehnte die Olmützer Ortsgruppe den Arierparagraphen ab, dessen Einführung von der Hauptleitung angestrebt wurde (MT 13. 5. 02). Und 14 Tage vorher war die Frauen- und Mädchenortsgruppe des Bundes aufgelöst worden, aus Ursachen, die wir heute nicht mehr kennen (MT 29. 4. 02). Der Ruf nach einer Reform des Bundes und vor allem nach neuen Männern wurde wiederholt erhoben. Endlich wurde auch in der Hauptleitung in stürmischer Sitzung gegen die Forderung der Bezirksgruppen Neutitschein und Römerstadt der Arierparagraph abgelehnt, wenn er auch in der Praxis stillschweigend Geltung hatte.

1910 wurde schließlich über die Zusammenlegung des Nord- und Südmährerbundes verhandelt, doch blieb es bei der Arbeitsteilung.

Alle diese Verhandlungen scheinen sich aber kaum auf die Arbeit des Bundes ausgewirkt zu haben. Feste des Bundes und des Schulvereins fanden fortlaufend in allen Ortsgruppen statt, um die nötigen Mittel aufzubringen, nicht zuletzt auch, um das Gefühl der Zusammengehörigkeit besonders unter den Grenzland-Deutschen zu fördern. Die Tätigkeit der Wanderlehrer hatte für die Untersuchungen der Wirtschaftsstruktur, für örtliche Hilfe, für das Leben der Volksgruppe überhaupt eine große Bedeutung. Doch zeigte es sich, daß alle Bemühungen zum Leerlauf verurteilt waren, wenn es nicht gelang, den deutschen Grundbesitz zu erhalten. So kam es 1910 zur Gründung des „Deutschen Grundkaufs-Fonds“. Die Anteilscheine zu 100 K ließen sich offenbar mühelos unterbringen, denn Ende des Jahres waren bereits 1127 Anteilscheine verkauft; bis Ende 1912 waren es 2349 Anteilscheine, daß der Bund also über 234 900 K für Bodenkredite verfügbar hatte (Fr. 89).

Zum zwanzigjährigen Bestehen des Bundes wurden 20 000 Lose herausgegeben mit 3924 Treffern, an deren Gewinn (und Verkauf) die „Nordmark“ mit 25% beteiligt war (Nm. 1908 S. 5). Daneben gingen fortlaufend alle die kleinen Einnahmen aus dem Verkauf der verschiedensten Gegenstände: Ansichtskarten und Glückwunsch-Telegramme, Streichhölzer und Wehrschatzmarken, Abzeichen, Plaketten und Freundschafts-Becher, und vor

alles die Sammeltürme auf den Tischen aller deutschen Gasthäuser in ganz Nordmähren, die Zweiminuten-Sammlung um Mitternacht bei allen deutschen Festen, Kränzchen, Bällen; Versteigerungen der verschiedensten Dinge, vom Ziegenbock bis zum Krug Bier, bei geselligen Abenden.

Die Hauptleitung des Bundes ist später in die größeren Räume der Ferdinand d'Este-Straße übersiedelt, mitsamt der Bücherei, die mittlerweile auf mehrere tausend Bände angewachsen war.

Seit dem Beginn des Schuljahrs 1910/11 veranstaltete der Bund in Olmütz auch Tschechisch-Kurse für Deutsche, in der klaren Erkenntnis, daß in Mähren die Kenntnis der tschechischen Sprache für ein Vorwärtskommen im geschäftlichen Leben unentbehrlich war, und daß es nur durch die Kenntnis beider Landessprachen möglich sei, den tschechischen Bewerbern, die beide Sprachen beherrschten, das Gleichgewicht zu halten. Die Kurse scheinen aber nur wenige Teilnehmer gefunden zu haben, ebenso in den beiden nächsten Schuljahren; dann scheinen sie überhaupt eingeschlafen zu sein.

Den verschiedenen Schulgründungen des Bundes kam es nicht nur auf die Vermittlung von Wissen und Können an; sie suchten auch gefährdete Städte damit zu stützen und die Jugend in ihrer nationalen Haltung zu stärken. Die Müllereifachschule in Mähr.-Aussee freilich scheint von Anfang an wenig Lebenskraft gehabt zu haben, trotzdem ihr Fürst Liechtenstein in seinem Schloß den nötigen Raum großzügig zur Verfügung stellte und auf seine Kosten adaptieren ließ, denn „Mährisch-Aussee hatte weder eine Mühle noch einen Fluß“, wie Fischer ironisch feststellte, und mußte ihre Schüler aus ganz Österreich zusammensuchen (aus Böhmen, Mähren, Galizien, Tirol, Ungarn, Steiermark, Bayern). Nach wenigen Jahren wurde sie auch nach Lundenburg verlegt (Fr. 89).

Fester stand die Koch- und Haushaltungsschule in Hohenstadt, 1911 gegründet, die für ganz Nordmähren ein Begriff wurde.

Daneben versuchte der Bund durch Umschulung kleiner Orte den deutschen Kindern zu deutschen Schulen zu verhelfen. Er erreichte die Umschulung von Vierhöfen und Dwatzetin nach Pawlow, dessen Schulvereinsschule dadurch gesichert war, trotz der tschechischen Gegenmaßnahmen, die besonders im Littauer Bezirk nichts an Heftigkeit zu wünschen ließen.

1911 hatte der Nordmährerbund in 589 Ortsgruppen rund 49 000 Mitglieder, die minimale Jahresbeiträge zahlten. Seine Einnahmen betragen 1912: 247 752 Kronen (ohne die getrennt geführten Kredit-Fonds); die Ausgaben 223 479 Kronen (Fr. 89).

Wenn der Nordmährerbund auch wegen der geringeren Mittel, die ihm im Gegensatz zu den tschechischen Schutzvereinen zur Verfügung standen, nicht so umfassend wirken konnte, wie es seinem Programm entsprochen hätte, so war er es doch, der das nationale Bewußtsein vor allem in den Kreisen des Kleinbürgertums und der nordmährischen Bauern geweckt und erhalten hatte. Doch verstand es die Führung des Bundes niemals, über die Deutsch-Nationalen hinaus auch die Sozialisten und die Christlich-Sozialen zu erfassen und festzuhalten. So gelang es ihm nicht, unter den Deutschen

eine ebenso geschlossene Einheitsfront zu bilden wie sie den Tschechen durch die Jednota gelang.

Eine der vielen Ursachen dafür war auch, daß sich der Bundesvorstand nur durch Absterben seiner Mitglieder erneuerte, daß alle gelegentlichen Versuche einer revoltierenden Jugend, neuen Wein in die alten Schläuche zu gießen, mißglückten und daß „Bundesvater Braß“ als jahrzehntelanger Obmann in gutem Glauben den Bund unverändert durch die sich ändernden Zeiten führte.

Am 30. März 1914 kam es in Brünn zu einem Zusammenschluß mit dem „Bund der Deutschen Südmährens“, der Hermann Braß zum Bundesvorsitzenden wählte. „In bewährter Weise“ führte Bundesvater Braß auch noch nach 1918 den „Bund der Deutschen Mährens“ weiter.

Bis zu dieser Zusammenlegung hatte der Nordmährerbund ausgegeben für:

Jugendschutz . . . . .	78 765 Kronen
Stellenvermittlung . . . . .	64 518 Kronen
Schulen und Fürsorge . . . . .	26 695 Kronen
Büchereien . . . . .	57 581 Kronen
Studien-Unterstützung . . . . .	40 025 Kronen
Anleihen für Gewerbetreibende . . . . .	78 577 Kronen
Hypothekar-Darlehen . . . . .	172 305 Kronen
Studien-Darlehen . . . . .	11 620 Kronen
Nothilfe . . . . .	57 000 Kronen
Andere Spenden . . . . .	38 331 Kronen
Weihnachtsbescherungen . . . . .	340 000 Kronen

#### *Ústřední matice školská\*\*\*\**

Die Zentralstellung im Kampf um die mährischen Sprachinseln nahm wohl der Kampf um die Volksschule ein. Denn Tschechen wie Deutschen des Sprachgrenzgebietes war es klar, daß die Volkszugehörigkeit des jungen Menschen weitgehend von der Volksschule bestimmt wird, die er besucht hat, denn sie beschert ihm die ersten Freundschaften seines Lebens und bestimmt wohl auch seinen Weg ins Berufsleben. Die Volksschule ist es auch, die den Menschen in den Kulturkreis eines Volkes aufnimmt, ihm also seine geistige Heimat beschert. Die Umvolkung ganzer Dörfer und Kleinstädte innerhalb zweier Generationen im mährisch-schlesischen Raum ist ein sprechender Beweis dafür, daß dieses Hineinwachsen eines Kindes in eine bestimmte Kulturwelt die Volkszugehörigkeit eines Menschen stärker bestimmt als seine blutsmäßige Bindung.

Alt-Österreich ließ sich mit der Durchführung des Reichs-Volksschul-Gesetzes von 1869 besonders in den kleinen Dörfern viel zu viel Zeit. Die Vorschrift, daß kleinere Dörfer im Umkreis von 4 km dem größeren Dorf

---

\*\*\*\* Tschechischer Schulverein.

ingeschult werden können, schnitt diese kleinen Dörfer von der Schule praktisch ab und machte sie für private Schulgründungen überaus aufnahmefähig. Ebenso wirkte sich der Umstand aus, daß dieses Gesetz die verschiedenen Nationalitäten Österreichs nicht beachtete, daß also tschechische Dörfer in deutsche Schul-Dörfer eingeschult wurden und ebenso umgekehrt, wodurch eine Entnationalisierung kleiner Dörfer ohne Schule durch die Schule des anderssprachigen Hauptdorfes möglich wurde.

Als eine Reihe gebildeter Tschechen 1872 einen Verein zur Gründung tschechischer Schulen ins Leben rief, war ihre statutenmäßige Aufgabe nur, tschechischen Kindern, denen keine staatliche tschechische Schule erreichbar war, eine solche zu schaffen.

Die Gelder, die der Verein dafür aufbrachte, waren sehr bedeutend. Schon die Mitgliedsbeiträge, die nach Selbsteinschätzung entrichtet wurden, müssen sehr hoch gewesen sein. Wissen wir doch, daß die Ortsgruppe Olmütz aus ihren eigenen Mitteln eine fünfklassige Volksschule erhalten konnte. Dazu kamen Legate und Testamente, die großen Beiträge der „Stifter“, unter denen sich die Domherren, selbst die deutschen, besonders hervortaten. Auch Kardinal Fürstenberg weist jährlich im Tagblatt 100 Gulden aus, während er niemals auch nur einen Kreuzer dem Deutschen Schulverein zuwandte (MT 11. 1. 83). Dazu kam die Unterstützung durch alle anderen tschechischen Vereine und Körperschaften, auch der Auslands-Tschechen, der Ertrag von Unterhaltungen, Sammlungen und einmaligen „Opfern“. In ihrem Rechnungsbericht über das Jahr 1907 z. B. weist die Matice aus (Nm 1909 S. 262):

Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen . . . . . 784 238,80 Kronen,  
aus anderen Quellen (Stiftungen usw.) über 1 Million Kronen.

Ausgaben: 772 562 Kronen für 116 Schulen mit 12 625 Schülern, und zwar  
2 Gymnasien, 60 Volksschulen und 54 Kindergärten.

Bis 1911 betragen die Gesamteinnahmen 16 213 000 Kronen,  
die Gesamtausgaben 15 702 000 Kronen.

Den ungeheuren Ernst, mit dem die Tschechen an diese Aufgaben herangingen, übersahen die Deutschen zum größten Teil, und das Mähr. Tagblatt macht darüber seine ironischen Glossen, von denen eine auch um ihres Tones willen zitiert sei:

„Man errichtet zuerst tschechische Schulen zu privatem Gebrauch, und wenn dann genügend Kinder da sind, was dank der Fruchtbarkeit der Slawen sehr bald ist, treten die vlastenci (= Patrioten) an die Gemeinde heran, überreichen eine in den lieblich klingenden Worten der slawischen Sprache abgefaßte Petition, deuten darin zart an, daß die armen tschechischen Würmer in den deutschen Schulen verdummen und verlangen darnach kategorisch die Errichtung einer öffentlichen tschechischen Volksschule. Das Übrige besorgt dann der Landesschulrat. Ist die tschechische Schule errichtet, dann wird die betreffende Stadt, mag die Majorität auch aus Vollblutdeutschen bestehen, dem „böhmischen“ Globus einverleibt, wobei man keineswegs in Verlegenheit kommt, den richtigen tschechischen Namen derselben.

etwa aus der wahrheitsgetreuen Königshofer Handschrift, zu rekonstruieren. Manchmal genügt es, daß zwei tschechische Apotheker, einige tschechische Beamte und diverse tschechische Ammen in einer deutschen Stadt das bittere Brot der Unterdrückten essen, um diese Stadt als tschechisch zu reklamieren, wie dies in Sternberg versucht wurde" (MT 24. 11. 83).

Für die Aufbringung der sehr großen, für ihr Programm nötigen Geldmittel ging die Maticе gelegentlich ziemlich skrupellos vor, wie eine Warnung des Tagblattes zeigt: Sie schickte deutsch gedruckte Einladungen zu ihrem Ball am 3. 2. 1883 an die deutschen Kaufleute und Gewerbetreibenden. Bezahlten sie achtlos den Eintritt zu dem angekündigten Handwerker-Ball, dann erhielten sie ein verschlossenes Couvert mit der „vstupenka“ (= Eintrittskarte) (MT 28. 1. 83).

Daß der Kampf um die notwendigen tschechischen Schulen bald zu einem Kampf gegen die deutschen Schulen wurde und vor allem gegen den Deutschen Schulverein, ist natürlich. Die Maticе arbeitete dabei vor allem mit dem Argument, daß die Alldeutschen ja von Österreich weg und nach Preußen hin sahen. „Wenn die Gegner behaupten, der „Šulfrajn“ prussifiziere, können wir sagen, die Maticе russifiziere. Mit mehr Recht, denn unsere Führer sind noch nie zu einem Minister ins größere Nachbarreich, Schmerzensschreie ausstoßend, gewallfahrtet, trotzdem unsere Nationalität heute mehr bedroht ist als die tschechische“, erklärte dagegen das Tagblatt (MT 22. 1. 83).

Doch schon 1887 klagte die Maticе über ein Erlahmen des tschechischen Opferwillens (MT 24. 8. 87). Die 10 Kindergärten und die Volksschule bei den Minoriten in Brünn, welche die Brüner Ortsgruppe allein zu finanzieren übernommen hatte, gingen also anscheinend doch über das tragbare Maß.

Doch wies der Tätigkeitsbericht von 1886 an außerordentlichen Spenden, unter anderm „Sankt Wenzels Krönungsgeschenk“ und Auslandsspenden über 200 000 Gulden aus; davon wurden, allein in Mittelmähren, erhalten: Krippen und Kinderbewahr-Anstalten in Littau, Leipnik, Kremsier, Göding, Lundenburg, Volksschulen in Littau und Olmütz, ein Untergymnasium in Ung.-Hradisch, Volksschule und Kindergarten in Troppau usw. (MT 12. 1. 87). Dazu kamen 1888 noch der Kindergarten in Hohenstadt, die gewerbliche Fortbildungsschule in Littau, die Volksschule und Realschule in Proßnitz, die beide von der Proßnitzer Ortsgruppe erhalten wurden, ebenso wie die Olmützer Volksschule von der Olmützer Ortsgruppe (MT 10. 1. 88).

Die Hauptversammlung in Königgrätz meldete 1894: 12 000 Schüler in rund 100 Schulen und Kindergärten. In „weiteren 100 Orten sind Schulen notwendig. Unser Verein will den deutschen Bestand nicht angreifen oder mindern, wir verlangen nur Schulen, wo sie für unsere Bevölkerung notwendig sind“. Verlangt wurden tschechische Mittelschulen (= Gymnasien und Realschulen) in Troppau, Göding und Hohenstadt. Die jährlichen Aufwendungen betragen über 200 000 Gulden. Zur Sicherung der Einnahmen

wurde die Einführung einer Volkstumsabgabe verlangt, um „das finanzielle Übergewicht der Deutschen in Mähren zu brechen“. (MT 30. 8. 94).

Der Bericht über 1901 wies einen Umsatz von 551 198 Kronen aus. Der Verein erhielt 5 Mittelschulen, 51 Volksschulen und 44 Kindergärten und leistete außerdem Beiträge für 3 Gymnasien, 1 Realschule, 35 Volks- und Gewerbeschulen. 5 Mittelschulen, welche die Matice gegründet hatte, waren vom Land übernommen worden, ebenso 23 Volksschulen. Unter den zahllosen Spenden und Legaten wies der Bericht u. a. eine Spende der Ústřední záložna für die Olmützer Realschule von 10 000 Kronen aus (MT 1. 4. 02).

Sobald die Verstaatlichung einer Schule erreicht war, wurde gleichzeitig eine neue errichtet. So wurden gleich nach der Verstaatlichung des Gymnasiums zu Hohenstadt 2 neue Gymnasien zu Iglau und Znaim errichtet (MT 9. 12. 05).

Begleitet wurden die Bemühungen der Matice um die Übernahme ihrer Schulen durch das Land von dem Kampf aller tschechischen Landtags-Abgeordneten in Brünn, und wenn nötig, auch im Reichsrat zu Wien. Ebenso heftig führten sie den Kampf um die Schulgesetze. Schon 1883 ging der Kampf um die Schulgesetz-Novelle, für die nur die Alt-Tschechen und die Klerikalen stimmten, die aber von den Jungtschechen ebenso wie von den liberalen deutschen Städten abgelehnt wurde (MT 27. 3. 83). Doch das Jahr 1887 brachte alle Tschechen geschlossen auf den Plan, als das erste Ministerium Gautsch der fortschreitenden Tschechisierung Einhalt tun wollte. Die „Olo-moucké listy“, ein klerikales Blatt, schrieben dazu: „Namentlich will Exz. v. Gautsch der böhmischen, nach dem Lichte der Wissenschaft strebenden Nation den Futterkorb recht hoch hängen, ja ganz wegnehmen, als ob auf den Genuß der Schulwohltaten nur das deutsche Element patentiert wäre“ (MT 27. 8. 87).

Eine ganze Reihe von tábory brachte das Volk bis in die letzten Dörfer in Bewegung. Brandreden führten zu energischen Protesten, Umzügen, zu „Katzenmusik“ bei mißliebigen Deutschen und zum Einschlagen von Fenstern. Dennoch mußte das Ansehen der deutschen Schulen auch um diese Zeit noch bei vielen tschechischen Familien sehr groß gewesen sein, denn sonst hätte sich die Flugschrift „Wo lassen wir unsere Kinder einschreiben?“ erübrigt. Auch hier wurde die deutsche Schule als „preußisch“ bezeichnet, also als feindlich jedem guten Oesterreicher und jedem Sohn des Wenzelsreiches (MT 12. 9. 87).

Der Kampf um die tschechischen Kinder wurde durch Agitatoren bis in die einzelnen Familien getragen, und jeder gemischtsprachige Ort konnte darüber berichten.

Im Sommer 1887 hatte Baron v. Gautsch auf Grund einer allerhöchsten EntschlieÙung etwa ein Dutzend tschechischer, deutscher, polnischer und slowakischer Gymnasien und Realschulen aufgelassen, die zu wenig Schüler hatten, darunter die deutschen Parallel-Klassen an den utraquistischen Gymna-

sien zu Wallachisch-Meseritsch und Trebitsch, und die deutschen Gymnasien zu Freiberg und Straßnitz (MT 27. 10. 87).

Daß an allen höheren tschechischen Schulen Deutsch Pflichtgegenstand war, galt als selbstverständlich; doch als nun Baron v. Gautsch den mährischen Landesschulrat beauftragte, für den systematischen Unterricht in Deutsch an den tschechischen Schulen einen verbindlichen Lehrplan auszuarbeiten, gab es neuerlich einen Sturm der Entrüstung (MT 14. 6. 87). Daß in der tschechischen Volksschule zu Drahotusch Deutsch gelehrt wurde, tadeln die tschechischen Blätter, während sich die Deutschen sichtlich geschmeichelt (!) fühlen (MT 25. 8. 88). Doch schon 1883 hatte ein tschechischer Leseverein mit sichtlicher Befriedigung festgestellt, daß man heute Deutsch nicht mehr brauche, wenn man durch Mähren reise.

In den deutschen Volks- und Bürgerschulen war es mit dem Tschechisch-Unterricht im allgemeinen übel bestellt. Wir wissen, daß man an den Brünner Schulen erst 1894 als 2. Sprache Französisch durch Tschechisch ersetzte (MT 6. 9. 94). Und auch Olmütz führte erst 1895 in seinen deutschen Bürgerschulen Tschechisch als wahlfreies Fach mit 2 Wochenstunden ein. 1914 wurde nur in etwa zwei Dritteln der deutschen Bürgerschulen Tschechisch unterrichtet, überall, mit Ausnahme von Mährisch Ostrau, wahlfrei. Im Landesdurchschnitt gab es etwa in 29% der deutschen Schulen auch Unterricht in Tschechisch, während Deutsch in allen tschechischen Volks- und Bürgerschulen Pflichtgegenstand war, also in 71% aller Klassen. Dazu kam, daß die Deutschen schon als Kinder mit dem größten Widerwillen an das Studium der anderen Landessprachen herangingen, daß dies beinahe als nationaler Verrat empfunden wurde, und daß es meist auch der Tschechisch-Lehrer nicht verstand, den Unterricht bei den Kindern anregend zu gestalten. Das Ergebnis davon war, daß in öffentlichen Ämtern bei allen Neueinstellungen der tschechische Bewerber bevorzugt wurde, da er beide Landessprachen beherrschte, während der Deutsche nur in rein deutschen Genden eingesetzt werden konnte.

Jahr für Jahr begleitete den Schulanfang der Kampf um die Schulneulinge, denn auch die deutschen Schulen legten Wert darauf, tschechische Schüler mit aufzunehmen, um ihre Schülerzahlen zu erhöhen (MT 13. 9. 05). Wohl hatte der mährische Ausgleich getrennte nationale Verwaltung der Schulen gebracht, aber erst 1907 wurden die getrennten Bezirksschulräte konstituiert. Hand in Hand damit ging eine neue Abgrenzung der Schulbezirke. So wurden dem deutschen Schulbezirk Olmütz-Land die deutschen Schulen der politischen Bezirke Olmütz-Land, Proßnitz, Prerau, Kojetein und Holleschau zugewiesen, während alle diese Bezirke selbständige tschechische Bezirks-schulräte hatten.

Den Schulfrieden stellte am 27. 2. 1907 die „Lex Perek“ her, eine Ergänzung zum mährischen Ausgleich, derzufolge jedes Kind grundsätzlich die Schulen der eigenen Nation zu besuchen hat. Jede Agitation für eine Schule war sofort der k. k. Bezirkshauptmannschaft zu melden. Damit war ein Vierteljahrhundert-Kampf um die Schulkinder abgeschlossen.

## Deutscher Schulverein

Die Notwendigkeit, deutschen Kindern in Orten, die nur eine nicht-deutsche Schule hatten, eine eigene Schule zu verschaffen, war den Männern klar, die am 31. Mai 1880 in Wien zur Gründung des Deutschen Schulvereins zusammentraten. Als Vorbild diente dabei die Arbeit eines deutschen Pfarrers in Südtirol, der seit 1867 in Abwehr der vordringenden Italiener um die Erhaltung der deutschen Volksschulen kämpfte (M 384).

Schon im nächsten Jahr, 1881, finden wir Ortsgruppen des Deutschen Schulvereins in Brünn, Olmütz, Meedl, Schönberg, Zwittau, Trübau, Proßnitz, um nur die mittelmährischen zu nennen (Mor. 1881, S. 510). Die Ortsgruppen erstarkten bald und gründeten selber Ortsgruppen in den benachbarten Gemeinden, tatkräftig unterstützt durch die deutschen Hochschüler. Der Tätigkeitsbericht des Jahres 1883 spricht von ihnen als den „wackeren Kämpen“ in Olmütz, die offenbar auch auf anderen Gebieten des öffentlichen Lebens dieser Jahre eine Rolle spielten. Fährt das Tagblatt doch fort: „Die Wogen des Slawismus, welche die Mauern unserer Stadt umspülen, werden, wenn unsere Jugend das Banner des Deutschtums wie bisher hochhält, sich alsbald wieder im Sande verlaufen“ (MT 5. 1. 83). Diese optimistische Hoffnung erfüllte sich zwar nicht, doch bot Olmütz damals als deutsche Stadt den kleinen, gefährdeten mittelmährischen Sprachinseln noch Rückhalt.

Für die Aufbringung der nötigen Gelder druckten die Zeitungen wohl wiederholt Aufforderungen ab, bei Testamenten und durch großzügige Spenden, ebenso wie die Tschechen, des Schulvereins zu gedenken, aber mit geringem Erfolg, wie es scheint. Die fortwährende tschechische Verdächtigung, der „Šulfrajn“ sei eine preußische, also österreichfeindliche, dazu national-liberale, also kirchenfeindliche Angelegenheit, hatte insofern Erfolg, als kein Adeliger, Gutsherr, Fabrikant, Domherr oder Bischof jemals dem Verein große Summen zukommen ließ, wenigstens so weit es sich heute aus der Presse feststellen läßt, während die Matic mit Legaten und großzügigen Spenden ausreichend finanziert wurde. Die einzige Ausnahme ist — so weit feststellbar — die Erzherzogin Stephanie, die dem deutschen Verein 1887 300 Gulden überwies (MT 15. 3. 87).

So war der Verein auf die kleinen Beiträge des deutschen Mittelstandes angewiesen und mußte zur Ergänzung der Mitgliederbeiträge mehr unterhaltsame als ertragreiche Methoden anwenden. Kränzchen, Ausflüge, Gartenfeste, Weihnachtsfeiern und Schulfeste mußten die fehlenden Mäzene ersetzen. Diese Veranstaltungen hatten auch den Zweck, einen engeren Kontakt zwischen den Deutschen zu erreichen, was vor allem in den national gemischten Orten überaus wichtig war. Dazu kamen dann noch Versteigerungen von Torten, Hasen, Bierkrügeln oder Krawatten. Die Zeitung wies sie alle aus, von 1 Gulden 8 Kreuzern bis zu mehreren hundert Gulden.

1883 hatte der Verein bereits mehrere hundert Ortsgruppen in ganz Österreich, u. zw. in Böhmen 338, Niederösterreich 121, Mähren 96, Kärnten

32, Tirol 15, Salzburg 7, Krain 3, Görz 2, Bukowina 1 und Wien 10 Ortsgruppen (MT 15. 12. 83). Dem entsprach auch eine rege Tätigkeit bei der Gründung von Schulen und Kindergärten in allen Sprachgrenzgebieten Österreichs. Zu Beginn des Schuljahres 1883/4 unterhielt der Schulverein in Mähren 12 Kindergärten darunter in Wischau, Proßnitz, Hohenstadt, Göding, Leipnik. Für deutsche Schulen in Mähren wurden 70 000 Gulden ausgegeben, der Jahresbedarf betrug 15 000 fl., denen als Einnahmen 20 000 fl. gegenüberstanden (MT 4. 10. 83).

Die Jahreshauptversammlung des Jahres 1887 wurde bereits mit 1500 Delegierten beschickt; ein Beweis für die gedeihliche Entwicklung des Vereins. Auch in Olmütz legten die 772 Mitglieder des Jahres 1883 das gleiche Interesse an den Tag (MT 20. 10. 83).

Zugleich aber verstärkte sich die Abwehr der Tschechen. Schon 1883 hatte der Vertreter der Regierung, Statthaltereirat Januška, mehreren deutschen Schulräten, die der Landesausschuß präsentiert hatte, die Ernennung verweigert mit dem Hinweis darauf, daß sie Mitglieder des Deutschen Schulvereins seien, also Feinde der tschechischen Nation (MT 20. 10. 83).

Bezeichnend für andere, ähnlich gelagerte Fälle ist die Geschichte der Schulvereinsschule in Mährisch-Budwitz bei Brünn. Der zuständige Pfarrer, ein Tscheche, weigerte sich, in deutscher Sprache Religion zu unterrichten, falls auch nur ein tschechisches Kind in der Klasse wäre und erklärte, sein — übrigens sehr hohes — Honorar der Matice Školská überweisen zu wollen. Doch da die Schulbehörden den Religionsunterricht als obligat ansahen, und dem ordentlichen Lehrer von der Kirche nicht die Approbation zur Erteilung des Religions-Unterrichtes gegeben wurde, mußte der deutsche Schulverein auf diese Bedingung des Pfarrers eingehen (MT 24. 10. 83).

Ein ähnliches Schauspiel entwickelte sich etwa gleichzeitig um die Schulvereinsschule in Paulowitz, über die wir genaue Aufzeichnungen besitzen. Schon 1882 ging die Olmützer Ortsgruppe des Deutschen Schulvereins an die Errichtung einer deutschen Schule in Paulowitz, dessen Kinder in die tschechische Schule zu Chwalkowitz eingeschult waren. Da anzunehmen war, daß auch tschechische Kinder aus Paulowitz und Bleich, die in Hodolein eingeschult waren, in die deutsche Paulowitzer Schule gehen würden, verfolgte die tschechische Presse diese Neugründung mit der größten Aufmerksamkeit und überliefert uns so eine Menge Material. Der „Našinec“ erklärte schließlich, daß das neue Schulgebäude naß und ungesund, ja für die Kinder lebensgefährlich sei. Am 1. 10. 1883 kam es endlich zur Einweihung des Schulhauses, unter großer Beteiligung aller deutschen Kreise, auch des „Politischen Deutschen Vereines“. Kanonikus Hanel weihte die Schule in Gegenwart des Statthaltereirates Kade ein. Mit 101 Schülern wurden die ersten 3 Klassen eröffnet (MT 22. 9. 82).

Gleichzeitig gründeten die Tschechen im benachbarten Chwalkowitz eine Ortsgruppe der „Matice školská“ auf Anregung des Ortsvorstehers Šuba aus Teinitschek. Bei der Gründungsversammlung sprachen Pater Vrba aus Kirwein und der Professor an der deutschen Oberrealschule in Olmütz, De-

mel, ein gebürtiger Tscheche, über zwei Stunden gegen den Deutschen Schulverein. „Preußische Agenten gehen herum, um die Gründung deutscher Schulen zu betreiben. Die Schulen des Deutschen Schulvereins werden alle mit preußischem Geld bezahlt, denn Mähren und das restliche Schlesien sollen nach dem Willen der Factiösen (!) preußisch werden.“ Ein politischer Kommissar war bei dieser Versammlung nicht anwesend, doch ein Berichterstatter des Mährischen Tagblattes. Das schrieb am nächsten Tag an die Adresse Professor Demels: „Armer Märtyrer! Was für Qualen mußt du erdulden, wenn du bedenkst, daß du in einer so verhaßten Sprache die so verhaßte Jugend in die Geheimnisse der Chemie einzuführen gezwungen bist! Aber der Zweck heiligt die Mittel. Wir selber wünschen, die deutsche Realschule von diesem sonderbaren, dunklen Ehrenmann baldigst befreit zu sehen. Die Indignation über das Verhalten dieses Mannes hat schon den höchsten Grad erreicht. Oder sollte den maßgebenden Kreisen der Verbleib dieses Vollbluttschechen an einer deutschen Anstalt erwünscht sein?“ (MT 2. 10. 83). Die Angriffe und Beschwerden der Deutschen aber blieben erfolglos, auch als wenige Tage später gegen die beiden Redner von Chwalkowitz die Anschuldigung erhoben wurde, sie hätten von einer tschechischen záložna und von dem Verband der tschechischen Zucker- und Malzfabriken für den nationalen Kampf Schmiergelder bekommen (MT 4. 10. 83).

Die ausführlichen Berichte des „Pozor“ über die Einweihung der Paulowitzer Schule sind jedenfalls aufschlußreich, denn er mußte noch immer gegen tschechische Eltern kämpfen, die ihre Kinder in die deutsche Schulvereins-Schule schicken wollten (MT 6. 10. 83).

Auch hier kam es wegen des Religionsunterrichtes einige Jahre später zu einem unerquicklichen Kampf mit dem tschechischen Pfarrer von Chwalkowitz. Für den Religionsunterricht, den er in der deutschen Schule halb deutsch und halb tschechisch hielt („Für die tschechischen Kinder, um sie zu Gott zu führen“), erhielt er vom Deutschen Schulverein jährlich 200 Gulden, weigerte sich aber, in seiner Pfarrkirche einen deutschen Schulgottesdienst zu halten (MT 8. 11. 87). Auch nach der Verstaatlichung der Schule hielt er an dieser Weigerung fest. Die Sonntags- und Festtagsgottesdienste hielt er gemeinsam für die rund 200 Kinder der deutschen Schule von Paulowitz und die rund 300 tschechischen Kinder der Chwalkowitzer Schule in der dortigen Kirche gemeinsam. Darauf schlug die deutsche Schulverwaltung dem fürsterzbischöflichen Konsistorium vor, für die deutschen Paulowitzer Schulkinder in der St. Anna-Kapelle am Dom einen deutschen Gottesdienst abzuhalten. Die Lehrer verpflichteten sich außerdem freiwillig, die Aufsicht zu übernehmen und die Lieder und Gebete mit den Kindern einzuüben. Doch das Konsistorium lehnte ab mit der Begründung: „Wegen Vermeidung von Collisionen (!) kann dem Gesuch nicht statt gegeben werden.“ Die Schule war um diese Zeit bereits vierklassig, aber die Kinder blieben ohne Sonntagsgottesdienst, wenn nicht ihre Eltern sie in eine der Olmützer Kirchen mitnahmen.

Doch die Schule wuchs; die Schuleinschreibungen von 1895 verzeichneten 339 Schüler in 5 Klassen (MT 17. 7. 95). —

In den nächsten Jahren folgte eine Reihe von Schulgründungen im Hohenstädter Bezirk, wo die Tschechen, von Böhmen aus bereits stark radikalisiert, sich auf die zahlreiche Arbeiterschaft stützten, die das kleinbürgerliche und bäuerliche Deutschtum zu überrunden drohte. Es entstanden deutsche Volksschulen in Kolloredo 1884 (166 tschechische und 206 deutsche Einwohner nach der Volkszählung von 1880), im gleichen Jahr in Zautke (651 tschechische, 158 deutsche Einwohner), im nächsten Jahr in Klein-Gestrzeby, 1886 in Johannesthal, Bezirk Schildberg (1297 tschechische und 366 deutsche Einwohner), die 1893 verstaatlicht wurde, und in Slatina, Bezirk Gewitsch (475 Tschechen, 123 Deutsche), 1888 in Nieder-Eisenberg, Bezirk Schönberg (255 Tschechen, 540 Deutsche) und in Pawlow bei Müglitz (175 Deutsche, 421 Tschechen) (Fr. 86).

1887 errichtete der Schulverein Kindergärten in Holleschau und Wallachisch-Meseritsch, unterstützte die Bürgerschule zu Hohenstadt und gründete schließlich zur Volksschule in Nieder-Eisenberg auch einen Kindergarten.

Mit der Gründung des Bundes der Deutschen Nordmährens 1886 wandte sich die deutsche Öffentlichkeit mehr dem neuen Schutzverein zu, doch standen die vorhandenen Ortsgruppen des Deutschen Schulvereins in allen Dörfern und Städten fest da.

Nach einer Pause folgte 1896 als nächste Neugründung in Mittelmähren die Volksschule in Rudolfsthal bei Hohenstadt, das einen besonders aktiven Grenzlandlehrer bekam (1880: 10 (!) Deutsche und 421 Tschechen. 1890: 273 Deutsche und 283 Tschechen). 1900 folgte Labutitz bei Konitz (80 Deutsche, 134 Tschechen, 1907 verstaatlicht, 1919 aufgelöst), und 1906 die Schulen in Witteschau und Nemili bei Hohenstadt und in Trnavka, wo 1907 noch ein Kindergarten folgte. 1912 erhielt Krumpach bei Hohenstadt eine Schule und Stefanau einen Kindergarten. Überall hatte der Verein zu seinen Schulen auch eigene Gebäude errichtet, doch trug er auch noch zum Schulbau in anderen Gemeinden bei (Luschitz und Babitz bei Sternberg) oder zu Kindergärten (Hohenstadt, Salzergut und Neugasse) (Fr. 86).

Ausgaben für Mähren 1880—1904 . . . . .	1 825 147 Kronen
Beiträge und Spenden . . . . .	1 362 923 Kronen

Richard Fischer stellt fest: „Wenn sich jemand die Mühe machen wollte, aus den Katalogen der deutschen Schulen in tschechischen Orten die tschechischen Kinder zu zählen, die in einem Jahrzehnt umgevolkt wurden, würden sich die Erfolge der deutschen Schulen und die tschechischen Verluste zeigen, die in die Tausende gehen. Die Opfer tschechischer Eltern, die den Versprechungen und dem Druck deutscher Lehrer und Arbeitgeber widerstanden, können wir heute nicht einmal annähernd begreifen . . .“ (Fr. 87).

1913 hatte der Schulverein 51 Schulen mit 107 Klassen, 122 eigene Schulgebäude, einschließlich 113 Kindergärten.

Seit 1911 errichtete er bei einigen seiner Schulen Kindersiedlungen, „um sie zu füllen“, wie Fischer meint, die sich zum Teil bis 1925 hielten, 1911 wurden 260 Wiener Kinder nach Mähren verschickt, 1917 waren es 1703 Kinder. 1914 hatte der Wiener Schulverein in Mähren 35 Häuser, 15 eigene Schulen, unterstützte 24 deutsche Schulen; er hatte 40 eigene Kindergärten und unterstützte in Mähren 48 andere; er trug einen Teil der Baukosten für 54 Schulen und von 191 anderen den Aufwand. Die Kosten dieser Schulen trug Wien und Niederösterreich.

Wien war damals immerhin noch Inland, doch der Gedanke, durch die deutsche Schule auch das so gebrechliche Alt-Osterreich zu stützen, lag der großen Menge der Deutsch-Osterreicher fern. Die Unterstützungsbeiträge des Allgemeinen Deutschen Schulvereins in Berlin, die zum Teil auch nach Mähren flossen, waren im allgemeinen zweckgebunden. Um 1912 trug er jährlich 21 000 Kronen für die deutschen Schulen in Neustadt, Schönberg und Hohenstadt bei (Fr. 88).

In der Hauptsache aber waren die Nordmährer doch auf sich selber angewiesen. Der 1886 gegründete Nordmährerbund trat von Anfang an für den Schulverein und seine Arbeit ein, wenn auch seine Unterstützung mehr ideeller als finanzieller Art war. Eine Reihe lokaler Vereinsgründungen suchte auch noch im Einzelfall dem Schulverein seine Aufgabe zu erleichtern, so entstand 1902 in Hohenstadt der „Verein deutsche Schule in Witteschau“, dem es 1903 mit Unterstützung des Wiener und des Allgemeinen deutschen Schulvereins gelang, ein eigenes Schulgebäude zu errichten (1904 eröffnet). Und 1905 entstand in Hannsdorf der „Verein deutsche Schule in Märzdorf“ und im gleichen Jahr in Schönberg der „Verein deutsche Schule in Schönbrunn“.

Doch mußten auch kleine Quellen erschlossen werden, die großen Mittel, welche für die vielen Schulen nötig waren, zu beschaffen. Seit 1902 gab es „Schulvereinszünder“, d. h. Streichhölzer mit dem Aufdruck „Deutscher Schulverein“ auf schwarz-rot-goldenem Grund, deren Ertrag dem Verein zufließ, Ansichtskarten, verschiedene kleine Verkaufsgegenstände, „Wehrschatzmarken“. Kein deutsches Gasthaus, in dem kein „Sammelturm“ auf einem der Tische stand, oder 2 Heller auf den Rechnungsblocks zusätzlich mit erhoben worden wären. Wanderversammlungen, Sommer- und Schulfeste, Tanzkränzchen und Weihnachtsfeiern hielten in allen Ortsgruppen, ja in der ganzen deutschen Bevölkerung Nordmährens den Schulvereinsgedanken lebendig, noch über den Zerfall Osterreichs hinaus, auch über seine Scheinauflösung unter dem Druck der neuen tschechoslowakischen Regierung hinaus: als „Kulturverband“ fand er seine Auferstehung am 2. November 1919, und wegen der Haltung des neuen Staates auch ein weites, überaus reiches Feld der Betätigung. Der „Deutsche Kulturverband“ unterhielt 1920 noch 33 deutsche Schulen in Böhmen und Mähren, führte in 18 Orten deutschen Privat-Unterricht durch, unterstützte 48 deutsche Schulen, hatte selbst 111 Kindergärten und unterstützte 102 (Fr. 89).

## Die Kirche

Eine sehr wesentliche Rolle im Spiel der nationalen Kräfte in Mähren kam der katholischen Kirche zu. Es ist heute schwer, in der von Grund aus verschiedenen Stellung der Deutschen und der Tschechen in Mähren zur katholischen Kirche Ursache und Folge klar auseinander zu halten. Nicht nur der Wunsch nach Verstärkung und nach sozialem Aufstieg, sondern ohne Zweifel auch eine tief innere Frömmigkeit des hannakischen Bauern und vor allem der Bäuerin waren die Ursache, daß die jüngeren Bauernsöhne nach dem Gymnasium gern in das Theologiestudium zu Olmütz eintraten. Der junge Deutsche aber sah nach dem Abschluß des Gymnasiums vor allem Wien als lockendes Ziel vor sich, mit all den Möglichkeiten, die das große Kaiserreich dem gebildeten Manne bot. Daß dagegen die Olmützer Theologie nicht aufkam, die höchstens die Aussicht auf eine Pfarrstelle in einem der deutschen Gebirgsdörfchen oder Kleinstädte bot, liegt auf der Hand.

Die Folge dieser verschiedenen Voraussetzungen aber war, daß es in Olmütz und ebenso an allen anderen theologischen Fakultäten in Böhmen und Mähren nur verschwindend wenig deutsche Theologen gab, daß jährlich also fast nur Tschechen zu Priestern geweiht wurden, daß es also nötig war, auch in deutsche Gemeinden tschechische Priester zu schicken, die dann — begreiflicherweise — oft zum Kern einer tschechischen Volkszelle mitten im deutschen Siedlungsgebiet wurden. Was wieder zur Folge hatte, daß sich die deutschen Katholiken dieser Gemeinden immer weiter von der Kirche entfernten und daß am Ende das ganze nordböhmische und nordmährische Siedlungsgebiet deutsch-national wurde, besonders, als es unter den tschechischen Kaplänen immer mehr „národovci“ (= Nationalisten) gab.

Schon 1883 schrieb der „Čech“, eine tschechisch-katholische Zeitung in Prag: „Wohl mancher Geistliche kümmert sich mehr darum, eine tschechische Seele aus der deutschen Umarmung zu befreien als aus der Sünde. Mancher nationale Geistliche kümmert sich mehr um die Errichtung von Besedas und ähnlichen Vereinen als um die von katholischen Vereinen. Die alten josephinischen Geistlichen haben mit ihren Zopfansichten das kirchliche Leben nicht so geschädigt, wie es heute die tschechischen Geistlichen tun. Den josephinischen Geistlichen war das Wichtigste der Staat, den nationalen ist es ihre Nation . . .“ (MT 22. 9. 83).

Daß die Kapläne in den gemischtsprachigen Städten die Taufmatrik und die anderen Kirchenbücher tschechisch führten und sich oft weigerten, deutsche Eintragungen zu machen oder deutsche Matriken-Auszüge auszustellen, ist bekannt. Schlimmer wurde es, wenn sie die Taufscheine deutscher Schulneulinge an die tschechische Schule schickten und den Eltern dieser Kinder verweigerten (MT 7. 4. 02). Ein böses Kapitel war ferner die Frage des Schulgottesdienstes, den tschechische Pfarrer wiederholt, besonders den deutschen Schulvereinsschulen, verweigerten. Es sei nur auf den Kampf um den Religions-Unterricht in Paulowitz hingewiesen. Daß aber

etwa gleichzeitig der tschechischen Volksschule der „Matice školská“ in Olmütz von deutscher Seite auch ein eigener Gottesdienst verweigert wurde, darf gleichfalls nicht verschwiegen werden.

Der Kampf um die Sprache der Predigt und des Kirchengesanges kam in all den Jahrzehnten bis 1945 nicht zur Ruhe, wenn auch der Schauplatz wechselte wie auch die Heftigkeit des Kampfes, je nach dem Temperament der einzelnen Pfarrer oder Kapläne. Das böse Wort vom „Hetzkaplan“ fand leider immer wieder genug Nahrung. Und die Bemerkung des Mährischen Tagblattes: „Die tschechischen Kapläne predigen am Vormittag in der Kirche und am Nachmittag im Wirtshaus“ war nicht nur Verleumdung (MT 29. 11. 99).

Diese Zustände waren dem Kaiser schon in den neunziger Jahren bekannt, der als treuer Katholik dem Brünner Bischof Dr. Bauer auf seine Begrüßungsrede bei einem Besuch in Brünn mit der Bitte entgegnete, „daß der Clerus die Gefühle der Liebe und Versöhnlichkeit erwecken und stärken möge“ (MT 28. 6. 92).

Die unheilvollen Folgen dieser Zustände waren auch dem Heiligen Vater in Rom klar, der im Herbst 1901 ein Handschreiben an den Klerus von Olmütz richtete: „In friedlichem Sinn zu wirken und mit gutem Beispiel voran zu gehen“ sei die Aufgabe des Priesters. „Die Priester der katholischen Kirche haben nicht nur den nationalen Streit, sondern auch den Anschein zu meiden und die Gläubigen vom nationalen Hader abzuhalten“ (MT 29. 9. 01).

Gleichzeitig richtete er einen öffentlichen Hirtenbrief an die deutschen Gläubigen der Diözese, in dem er den Mangel an deutschen Priestern beklagte und die deutsche studierende Jugend aufforderte, sich dem Beruf des Priesters zu weihen. Dieser Appell, der gerade von den volksbewußten Deutschen hätte begrüßt werden sollen, da er die Mitte des nationalen Problems traf, ist aber von den Deutschen nicht zur Kenntnis genommen worden.

Um diese Zeit hatte das Priesterseminar in Königgrätz in den ersten beiden Jahrgängen nicht einen einzigen Deutschen, und in Olmütz waren in allen 4 Jahrgängen zusammen von 240 Hörern nur 28 Deutsche. Damit sollte das ganze östliche Sudetenland von Reichenberg bis Weißkirchen mit deutschen Priestern versorgt werden!

Dabei war es in der Olmützer Erzdiözese immerhin noch möglich, wenigstens deutsch sprechende Tschechen, also zum großen Teil solche mit gutem Willen, in die deutschen Dörfer zu schicken, während 1883 aus Budweis gemeldet wird, daß es dort nicht einmal deutsch sprechende Jungpriester gab, da es in Böhmen, bei den dort noch schärferen Gegensätzen selbst an dem guten Willen fehlte (MT 4. 10. 83).

Die deutsche Reaktion auf das scharfe nationale Auftreten tschechischer Priester war der deutsche Boykott kirchlicher Feiern. So waren 1902 das erstemal die deutschen Vereine von Giebau (einem rein deutschen Dorf) von der Fronleichnamsprozession fern geblieben. Und andere Deutsche, wenn auch nur in den Städten, traten zur „deutschen“ Kirche über, d. h. sie wurden evangelisch oder altkatholisch. Seit der Jahrhundertwende vor allem

wurde in den Kreisen der deutsch-völkischen Jugend für den Übertritt zur evangelischen Kirche geworben, so daß Mährisch-Schönberg den ersten evangelischen Pfarrer für Nordmähren, seit 1620, bestellen konnte. 1902 war die Olmützer evangelische Gemeinde schon so stark geworden, daß sie an den Bau einer eigenen Kirche ging, wenn auch mit Unterstützung aus Deutschland (MT 29. 4. 02).

Die Olmützer theologische Fakultät war der Rest einer höheren Schule, die 1573 die Jesuiten gegründet hatten. Unter wechselndem Titel (Akademie, Ritterakademie, Universität) und Umfang erhielt sie sich bis zur Aufhebung des Jesuitenordens. 1773 wurde sie nach Brünn verlegt, kam 1782 wieder zurück nach Olmütz, doch erst Erzherzog Rudolf erreichte als Erzbischof von Olmütz 1827 die Anerkennung dieser Lehranstalt als staatliche Franzens-Universität. 1855 aber wurde diese schon wieder aufgehoben. Nachdem schließlich auch als letzter Rest die Tierarznei- und Pharmazeutenschule aufgelöst worden war, übernahm der Erzbischof die theologische Fakultät in eigene Verwaltung, doch mit den ungeschmäälerten Rechten einer Universität.

Die „Statistischen Jahrbücher von Olmütz“ weisen dankenswerter Weise nicht nur die Zahlen der Hörer, sondern auch ihre nationale Zugehörigkeit aus:

1877:	85 Hörer = 13 Deutsche, 70 Tschechen, 2 Polen
1880:	119 Hörer = 7 Deutsche, 108 Tschechen, 4 Polen
1885:	246 Hörer = 31 Deutsche, 205 Tschechen, 10 Polen
1887:	249 Hörer = 28 Deutsche, 211 Tschechen, 10 Polen
1893:	234 Hörer = 30 Deutsche, 195 Tschechen, 9 Polen
1899:	210 Hörer = 28 Deutsche, 172 Tschechen, 10 Polen

Die Zahlen also änderten sich wenig, auch nach dem päpstlichen Rundschreiben von 1901. Doch der nationale Hader tobte wie im erzbischöflichen Knabenseminar (= Gymnasium) zu Kremsier auch im theologischen Seminar zu Olmütz. Im „Reich“, d. i. im „Römischen Reich deutscher Nation“, hatten sich die deutschen Theologen zusammengeschlossen, in der „Bosna“ die tschechischen. Und wenn es auch zu keinen direkten Zusammenstößen kam, so hatte doch besonders die deutsche Minderheit immer einen schweren Stand. Nicht selten wurde dadurch manchem der deutschen Theologen das Studium derart verleidet, daß er sich einem andern Studium zuwandte. —

Die allmähliche Umwandlung des Olmützer Domkapitels, das noch Mitte des 19. Jahrhunderts eine rein deutsche Einrichtung war und dessen Mitglieder durchwegs dem österreichischen Adel angehört hatten, in eine tschechische und bürgerliche Körperschaft ging naturgemäß nicht ohne innere Kämpfe ab, die vor allem von der tschechischen Presse kräftig unterstützt wurden. Daß gerade in diesen kritischen Jahrzehnten Dr. Theodor Kohn Erzbischof von Olmütz war, vermehrte noch ihre Bewegtheit.

Enkel slowakischer Juden, dessen Eltern schon katholisch getauft waren, geboren 1845 in einem mährischen Dorf bei Zlín lernte Theodor Kohn erst in seinem 12. Jahr an der Hauptschule zu Ungarisch-Hradisch Deutsch, besuchte das deutsche Staatsgymnasium zu Kremsier, wo er mit

Auszeichnung maturierte, studierte in Olmütz Theologie und wurde 1871 von Kardinal Fürstenberg zum Priester geweiht. Schon nach dreijährigem Dienst in der Seelsorge holte sich der Kardinal den begabten jungen Priester als Zeremoniär zu sich. 1875 promovierte er zum Dr. theol. und erhielt 1882 eine Professur für Kirchenrecht und Fundamental-Theologie an der Olmützer theologischen Fakultät, wurde aber schon 1883 Kanzler des Konsistoriums und als solcher in den letzten Lebensjahren des Kardinals der eigentliche Leiter des Erzbistums, das er bald kannte wie keiner sonst. 1887, also mit 42 Jahren, wurde er zum Domherrn ernannt und 5 Jahre später, nach dem Tode des Kardinals Fürstenberg, vom Domkapitel zu seinem Nachfolger gewählt. Der österreichische Adel und das Kaiserhaus waren über diese Wahl bestürzt, denn seit 1578 hatte es auf dem Olmützer Erzbischofsstuhl nur Adelige gegeben. „Er ist doch hoffentlich schon getauft“, soll der Kultusminister in Wien bei der Nachricht von seiner Wahl ausgerufen haben. Doch bestätigten sowohl Kaiser wie Papst seine Wahl. Die Tschechen begrüßten ihn als Sohn des Volkes, die Deutschen als Inbegriff der Gerechtigkeit und als Arbeitsmenschen ersten Grades (KO 406).

Mit seiner Ernennung begann der Kampf innerhalb des Domkapitels in zweifacher Richtung: Das Bürgertum versuchte hier nun den Adel zu verdrängen; außerdem begann der nationale Kampf um jede neu zu besetzende Domherrnstelle. In beiden Richtungen siegte schließlich die neue Richtung: die deutsch-aristokratische wurde von einer überwiegend tschechisch-bürgerlichen Gemeinschaft abgelöst.

Es war mehr als eine Ironie des Schicksals, daß der Kaiser schon im nächsten Jahr den Baron Grimmenstein zum Olmützer Domherrn ernannte. Steiermärker, also bewußter Deutscher, Aristokrat und Kavalier vom Scheitel bis zur Sohle, als einstiger Hofkaplan in Mayerling letzter und verschwiegenster Zeuge der Tragödie um den Sohn und Thronfolger des Kaisers, in dauernder engster Verbindung mit dem kaiserlichen Hof, war er das gerade Gegenteil Kohns. Mit seinen 38 Jahren war Baron Grimmenstein damals weitaus der jüngste im Domkapitel, dem er, zunächst freilich nur als nicht-residierender Domherr, angehörte.

Die ersten bürgerlichen Domherren waren 1881 vom Kaiser ernannt worden, der sich in seiner Wahl für frei und nicht an die adelige Geburt des Anwärters gebunden hielt. Das Kapitel aber hatte sich bis zur Wahl Kohns streng an die Voraussetzung gehalten.

Im September 1894, als die Mehrzahl der adeligen Herren auf ihren Gütern zur Jagd weilten und nur drei von ihnen in Olmütz waren, entschied das Domkapitel unter dem Einfluß des Erzbischofs Kohn in einer Sitzung mit überwältigender Majorität, daß auch das Domkapitel in seiner Wahl nicht an den Adel seiner künftigen Mitglieder gebunden sei, trotz lebhaften Protestes der drei anwesenden adeligen Herren (MT 30. 9. 94). Nach der Bestätigung dieses Beschlusses durch Papst und Kaiser wurden die beiden eben freien Stellen mit bürgerlichen Tschechen besetzt; doch wurde am 4. Dezember 1894 noch einmal ein deutscher Adelliger, Baron v. Linde, ge-

wählt, wenn auch nur unter den lautesten Protesten der gesamten tschechischen Presse, die in ihm, 1. den Deutschen, 2. den Adeligen, 3. den Ausländer sah, der nicht einmal tschechisch konnte und überhaupt vollkommen uninteressiert den Wünschen des tschechischen Volkes gegenüber stände. Gleichzeitig ging der Streit um die nationale Zugehörigkeit seines Gegenkandidaten, des Freiherrn von Skrbensky. Die Tschechen reklamierten ihn als den ihren, dank seiner bisherigen Tätigkeit in Prag, die Deutschen als den ihren, dank seiner Abstammung aus einer Alt-Olmützer Hausbesitzer-Familie, die immer als deutsch galt.

In diesen Streit schaltete sich auch noch das Mähr. Tagblatt ein, das feststellte, „daß selbst Domherren, deren Herkunft zweifellos deutsch ist, die nicht einmal der tschechischen Sprache mächtig sind, in den öffentlichen Blättern stets nur mit Spenden für tschechische Vereine und Anstalten zu finden sind, während man von einer Liebesgabe für deutsche Anstalten oder Schutzvereine nie etwas hört“ (MT 7. 10. 94). Damit dürfte vor allem auf die reiche Stiftung des deutschen Freiherrn v. Pötting hingewiesen sein, der 1893 einen ganzen Block tschechischer Mädchenschulen gegründet hatte.

Baron Grimmenstein stand vom ersten Tag seiner Amtsübernahme immer in scharfer Opposition zum ständig wachsenden tschechischen Teil des Domkapitels, der alles nur Denkbare tat, ihm Steine in den Weg zu legen. Weder in der Regierungszeit des Erzbischofs Kohn noch unter Kardinal Bauer war es ihm gelungen, eine Residenz für sich zu erringen. Noch 1910 gab es eine stürmische Sitzung des Domkapitels, die dem Baron die Residenz verweigerte (3 zu 12 Stimmen), trotzdem er als Verwalter der Kapitelgüter mit dem wirtschaftlichen Wohlergehen der Domherren eng verbunden war (MT 28. 9. 10). Mittlerweile aber war er von der Stadt zum Propst von St. Mauritius ernannt und auch vom Erzbischof bestätigt worden. In den nächsten Jahrzehnten wurde er zum Führer der deutschen Katholiken und schärfsten Gegenspieler der tschechischen Richtung im Domkapitel, vor allem des Erzbischofs Kohn.

Die ersten tschechischen Angriffe gegen Kohn begannen schon im Spätherbst nach seiner Ernennung, weil er sich der Wahl des Barons v. Linde zum Domherrn nicht widersetzt hatte (MT 8. 12. 94). Dieser Kampf führte zu einer Anfrage des Abg. Tuček, der die Veröffentlichung des Abkommens mit dem Hl. Stuhl von 1881 über die Besetzung der Olmützer Domherrnstellen verlangte. Doch auch die Person Kohns wurde bald von tschechischer Seite angegriffen, weil er, trotz seiner Hinneigung zu den Tschechen (die ihm wiederum von deutscher Seite verübelt wurde) eben doch kein „národovec“ war und die tschechische Schriftsprache, dank seines Bildungsganges, nur mangelhaft beherrschte.

Sein Ziel, das katholische Leben zu intensivieren, versuchte er auf verschiedene Weise zu erreichen, ohne freilich viel Gegenliebe zu finden. Seine Einladung von 1895 an den tschechischen Lehrerverein, zu Exerzitien nach Wellehrad zu kommen, lehnte der Verein ab (MT 21. 9. 95).

Als Vorbild der Wohltätigkeit teilte er von seinem großen Einkommen (Olmütz war nach Gran das reichste Bistum Österreich-Ungarns) an Hilfesuchende häufig Almosen aus. Aber die deutschen wie auch die tschechischen Blätter bekamen jede Woche eine Liste dieser Spenden mit dem Auftrag, sie zu veröffentlichen, mitsamt dem Namen des Empfängers, Beträge von 3 fl., 5 fl. und etlichen Kreuzern. In der Woche vom 1.—8. 12. 1894 z. B. wurden so 3341 fl. 4 kr. in 15 verschiedenen Beträgen ausgewiesen (MT 8. 12. 94).

Ende 1895 erschienen im Tagblatt die letzten derartigen Ausweise, nachdem auch die tschechischen Blätter ihre Veröffentlichung eingestellt hatten.

Seine Art, die Abrechnungen der Guts-Verwalter zu überprüfen war ebenso kleinlich wie seine Inspektion der dörflichen Pfarreien und des Religionsunterrichtes. Diese Visitationen verbreiteten Schrecken, trotz Kohns gelegentlich offener Hand und seiner Gerechtigkeit. Seine Geschäftstüchtigkeit vermehrte nicht nur die Summen, die der große Besitz der erzbischöflichen und Kapitelgüter abwarf, er brachte auch Leben in den vornehm schlummernden Betrieb.

1899 setzte endlich eine systematische Kampagne gegen ihn in aller Öffentlichkeit ein. Anlaß gab der Kampf um 7 mittlerweile wieder frei gewordene Domherrstellen, von denen 2 vom Kapitel zu wählen und 5 vom Kaiser zu ernennen waren. Das Tagblatt verzeichnet mit schlecht verhehlter Schadenfreude die täglichen Angriffe gegen die einzelnen Kapitel-Mitglieder, vor allem gegen den Erzbischof, die bis zur Wahl, also etwa 14 Tage lang, in den verschiedenen tschechischen Zeitungen erschienen.

Kohn wurde von den Tschechen vorgeworfen, daß er den tschechischen Schutzvereinen zu wenig spende (doch bekamen auch die deutschen nichts) (MT 14. 11. 99); ferner, daß er im tschechischen Gymnasium zu Wall. Meseřitsch einen Konvikt der Salvatorianer errichtet hatte mit einem Internat für die Schüler, zu dessen Präfekten er einen Deutschen bestellte, während ein tschechischer Ordenspriester, der dem „Pozor“ genehm wäre, zum Hl. Stuhl nach Rom beordert wurde (MT 25. 11. 99).

Der vor kurzem verstorbene Graf Pötting und der Kardinal Fürstenberg mit ihrer großzügigen Spendefreudigkeit für tschechische Zwecke wurden Kohn als Vorbild hingestellt (MT 28. 11. 99).

Für das Mädchen-Waisenhaus in Neustift, das sein Vorgänger gestiftet hatte, errichtete Kohn einen Neubau, der 1899 unter Dach kam. Ein Teil der Klosterschwestern, die es führten, waren wohl tschechisch, doch die Schwester Oberin war, wenigstens um diese Zeit, eine Deutsche (MT 3. 10. 99).

Fehlgriffe aller Art, die seinem Hochmut und seiner Herrschsucht entstammten, wurden ihm als Kapital-Verbrechen angekreidet und in der tschechischen Presse breitgewalzt. Baron Grimmenstein sandte in aller Stille seine Berichte an die Kaiserliche Hofkanzlei in Wien, die sie der päpstlichen Nuntiatur weiter gab. Denn 1902, als der Kampf in eine neue Phase trat, war das „Dossier Kohn“ bereits ein mächtiges Aktenbündel.

Mit der deutschen Stadtverwaltung stand er auf friedlichem, wenn auch nicht gerade freundschaftlichem Fuß. Ja, man bewunderte sogar den Mut, mit

dem er auf seinen zahlreichen, niemals angekündigten Visitationsreisen durch seine Diözese gegen die vielen, im deutschen Sprachgebiet wirkenden chauvinistischen Kapläne auftrat, „die am Sonntagvormittag von der Kanzel die Friedensworte der Hirtenbriefe verkündeten, und nachmittags gegen die Grundbegriffe der Nächstenliebe handelten“ (KO 407). Er wirkte auf die Gründung einer tschechisch-christlich-sozialen Partei hin und machte sich dadurch bei den deutschen Liberalen wie bei den tschechischen Parteien mißliebig. Doch gelang es ihm, seine Geistlichkeit, wenigstens zum größten Teil aus dem extrem tschechisch-nationalen Fahrwasser heraus zu steuern, sehr zum Mißbehagen der Národní jednota.

Am 26. August 1901 veranstaltete Kohn in Kremsier einen Katholikentag für seine Erzdiözese, doch für denselben Tag hatten die freisinnigen tschechischen Vereine auch in Kremsier einen Trutz-Tábor angesetzt, bei dem er und seine ganze Amtsführung auf das schärfste angegriffen wurden. Damit war der lange schwelende Krieg gegen Kohn ausgebrochen; denn im nächsten Jahr überwarf er sich nun auch noch mit der deutschen Bürgerschaft von Olmütz. Am 8. September 1901 wollte er in Olmütz einen deutschen Katholikentag veranstalten, da die Deutschen seinem Kremsierer Tag ferngeblieben waren, und verlangte dazu von der Stadtverwaltung den städtischen Redoutensaal. Aufgabe dieses Katholikentages sollte sein, „in der alten Bischofsstadt das katholische Bewußtsein der deutschen Bevölkerung zu fördern“. Die deutsch-freiheitliche Stadtverwaltung, damals inmitten der Los-von-Rom-Bewegung stehend, stellte sich aber hinter den „Deutschen politischen Verein“, der für denselben Tag eine große politische Versammlung „gegen die Ziele des Katholikentages und gegen die politischen Machtbestrebungen Roms“ einberief. Die Stadtgemeinde vergab den Redoutensaal dem Deutschen Verein, der 25 Reichsrats- und Landtags-Abgeordnete zu dieser Kundgebung mitbrachte. Der Erzbischof mußte also seinen deutschen Katholikentag, an dem viele hohe kirchliche Würdenträger teilnahmen, im theologischen Seminar veranstalten. Beide Versammlungen nahmen übrigens einen würdigen Verlauf (KO 408).

Doch der Erzbischof konnte die Verweigerung des Redoutensaales und ihre Teilnahme an der Gegenkundgebung der Stadtgemeinde nicht verzeihen. Darum zog er die 2 deutschen Katecheten mit Beginn des neuen Schuljahres aus den deutschen städtischen Schulen zurück. Die Kandidatinnen der städtischen Lehrerinnen-Bildungsanstalt blieben also das Schuljahr 1901/02 ohne Religionsunterricht. Ja, er verbot sogar dem Pfarrer Pannak von St. Michael, die Mädchen als Schülerinnen dieser Lehranstalt zur Beichte zuzulassen. Nur als einzelne Pfarrkinder durfte er sie übernehmen. Auch den Schulgottesdienst für die Mädchen untersagte er, so daß sie nun am Schulgottesdienst der k. k. Lehrer-Bildungsanstalt bei den Kapuzinern teilnehmen mußten. Zu Ende des Schuljahres mußte dann die ganze Lehrerinnen-Bildungsanstalt nach Teschen fahren, das zum Bistum Breslau gehörte, um die Prüfung aus Religion abzulegen, die nach dem österreichischen Lehrplan für Lehrerbildungs-Anstalten unerläßlich war (MT 28. 1. 02).

Gleichzeitig lief ein Ehrenbeleidigungsprozeß des Erzbischofs gegen den „Pozor“, bei dem Kohn kostenpflichtig (215,40 K) abgewiesen worden war (MT 20. 1. 02). Daneben liefen das ganze Jahr über unzählige andere Prozesse, über welche die deutschen Zeitungen mit Ironie, die tschechischen mit Hohn oder Ingrimm berichteten.

Auf die Weigerung des Erzbischofs, der als Gutsherr in der 1. Sektion der Handelskammer stimmberechtigt war, tschechischen Agitatoren seinen Blanko-Stimmzettel auszufolgen (MT 2. 6. 02), eröffneten nun die tschechisch radikalen Blätter in ihren Spalten eine ständige Rubrik, welche die „Rectus-Briefe“ brachte. Diese zerrten sachliche wie private, ja privateste Umstände rund um Kohn in indiskretester Weise vor die Öffentlichkeit. Daß sie nur von einem Mann aus seiner Umgebung stammen konnten, war bald klar, doch dauerte es lang, bis man erfuhr, daß P. Hofer, Kaplan zu St. Michael, ein Tscheche, jener „Rectus“ sei. Diese giftigen Briefe erschienen durch mehrere Monate ungestört und trugen zum Sturz Kohns wesentlich bei (KO 409). Nur die Stadt Hullein hielt sich aus der allgemeinen Hetze gegen ihn heraus und ernannte ihn am 6. 6. 1902 sogar zu ihrem Ehrenbürger.

Auf die Stellung seiner Priesterschaft zu ihm wirft eine Dekanatskonferenz dieses Jahres ein grelles Licht. Zum zehnjährigen Bischofsjubiläum Kohns waren unter der Priesterschaft Gelder für einen neuen Bischofsstab gesammelt worden. Die Konferenz aber beschloß nun, dieses Geld einem verarmten, alten Priester zu schenken, dem der Erzbischof jede Unterstützung verweigert hatte (MT 7. 7. 02).

Gleichzeitig aber verloren die Zeitungen keine Zeit, die nationalen Verhältnisse zu beleuchten. Die Národní listy standen nicht allein, wenn sie anprangerten, daß die erzbischöflichen Güter in deutscher Sprache verwaltet würden, daß meist deutsche Beamte auf seinen Gütern angestellt wären und daß das Holz aus den Kapitelwäldern an Deutsche und Juden verkauft werde (MT 25. 8. 02).

Nach den beiden mißglückten Katholikentagen des Jahres 1901 plante der Erzbischof 1902 gemeinsam mit den Jesuiten tschechische Passionsspiele auf dem Hostein (einem Wallfahrtsort) aufzuführen und rechnete mit 400 000 Besuchern (MT 12. 4. 02). Ob es dazu kam, darüber schweigt sich das Tagblatt aus, doch wurde die Frage der Wallfahrten immer mehr eine nationale Angelegenheit. Einzelne deutsche Wallfahrer, die am Sonntag von Olmütz auf den Heiligen Berg gingen, wurden immer wieder im tschechischen Dorf Chwalkowitz beschimpft, zurückbleibende Kinder von tschechischen Jungen mit Steinen beworfen, verprügelt. Dennoch wurde bis 1918 an den Sonntagen des Sommers auf dem Heiligen Berg noch regelmäßig eine deutsche heilige Messe für die Olmützer Ausflügler und Wallfahrer gelesen, die immer gut besucht war.

Doch gingen die deutschen Wallfahrten immer mehr nach den Wallfahrtsorten im deutschen Sprachgebiet, Altwasser und Grulich vor allem, während die hannakischen Wallfahrer in erster Linie den Hostein und Welehrad, aber auch den Heiligen Berg besuchten. In ihren bunten Festtrachten zogen

sie dorfweise mit Fahnen und Pfarrer zu Fuß durch Olmütz auf den „Svatý Kopeček“.

Doch als im September 1907 der Erzbischof Bauer einen Großwallfahrtstag auf den Heiligen Berg zu seiner 175-Jahrfeier veranstaltete, rief der Baron Grimmenstein seine deutschen Katholiken zusammen und führte sie nach Mariazell in der Steiermark (MT 9. 9. 07).

Im Dezember 1903 hatte Erzbischof Kohn zunächst eine Einladung nach Rom erhalten, wo er sich rechtfertigen sollte, doch kehrte er nicht mehr in sein Erzbistum zurück und schon im Mai 1904 wurde, über alle Privilegien des Olmützer Domkapitels hinweg, der Brüner Bischof Franz Salesius Bauer, ein ruhiger Tscheche, zum Olmützer Erzbischof ernannt, der sich von allem Anfang an mit der deutschen Stadtverwaltung gut zu stellen wußte. Er hielt sich aus allen nationalen Kämpfen nach Möglichkeit heraus, förderte die katholische Presse und die Vereine beider Nationen, war großzügig seinen Untergebenen gegenüber und gab gern seiner Baufreudigkeit nach, nicht zum Schaden von Olmütz. Sarkanderkapelle und als Beamtenwohnhaus das Sarkanderhaus, der Erweiterungsbau des theologischen Seminars zum Salesianum und der Umbau der erzbischöflichen Residenz legen Zeugnis ab für eine vernünftige Verwendung seiner großen Einkünfte (KO 411). Doch muß erwähnt werden, daß Erzbischof Kohn 1915 sein Vermögen testamentarisch zur Gründung der tschechischen Universität in Olmütz bestimmte. (Ottův slovník naučný III, 1 1934 S. 603 f.).

Damit war der nationale Kampf wenigstens auf dem geistlichen Gebiet im großen und ganzen zur Ruhe gekommen, nicht zuletzt auch dank der Uninteressiertheit der liberalen deutschen und tschechischen Intelligenz an allen kirchlichen Fragen. Nach dem Umsturz von 1918 hatten die Deutschen genug andere Sorgen; in der tschechischen Intelligenz aber erwuchs dem Erzbistum wie der ganzen katholischen Kirche nach dem Umsturz ein gefährlicher Feind durch die Abspaltung einer tschechischen Nationalkirche. Sie riß aber nur einen kleinen Teil des Volkes mit sich. Nur die Hanna-Bauern und die Slowaken dies- und jenseits der ungarischen Grenze blieben geschlossen der alten Kirche treu.

### *Die Juden*

Die Rolle, welche die Juden in Mähren spielten, geht weit über ihren zahlenmäßigen Anteil an der Gesamtbevölkerung hinaus. Nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in nationaler und politischer Hinsicht. Die angeführten Einwohnerzahlen gelten vor 1921 für Bürger „mosaischer Konfession“, da bei den österreichischen Volkszählungen nur die „Umgangssprache“ und die „Konfession“ erfaßt wurden, nicht aber die Volkszugehörigkeit. Erst 1921, bei der ersten tschechoslowakischen Volkszählung, hatten die Juden die Möglichkeit, sich dem jüdischen Volk zugehörig zu bekennen, doch tat das nur der zionistisch gesinnte Teil der Judenschaft,

während sich die Assimilations-Juden zu einem der beiden Völker des Landes bekannten.

In ganz Mähren waren jüdischer Konfession:

1857: 2,21%	1890: 1,99%
1869: 2,03%	1900: 1,84%
1880: 2,05%	1921: 1,43%

Der Assimilationsprozeß schritt also langsam voran.

Seit 1454 waren sie aus allen königlichen Städten verwiesen und lebten zusammengedrängt in den Ghettos anderer Städte: in Prerau, Mährisch-Aussee, Leipnik, Weißkirchen, Holleschau, Proßnitz usw.

Kurz nach 1848 wurde als erstem Juden einem Herrn Hamburger gestattet, sich im Olmützer Stadtgebiet niederzulassen, vier Jahrhunderte nach der Vertreibung der Juden aus der „Judengasse“ auf dem Juliusberg (KO 500). Ihm folgten bald mehrere Familien, die meist noch vor 1880 als Deutsche assimiliert wurden (Blumenzweig, Kantor, Mandelzweig, Mandelblüh), vor 1914 (Groák, Wittenberg, Kraus, Briess usw.). Vor allem aus den benachbarten Kleinstädten kam eine große Zahl von Familien, die bald im deutschen Wirtschaftsleben wie in der deutschen Gesellschaft eine bedeutende Rolle spielten. Sie gehörten zu den Trägern der altliberalen Partei, die in den Ratsstuben von Olmütz und Brünn bis zum Zusammenbruch tonangebend war. Sie fingen auch die später zuwandernden Ostjuden auf, für die sie ein gut finanziertes Hilfswerk im Rahmen ihrer Kultusgemeinde aufbauten und die sie zugleich weitgehend germanisierten.

Schon zu Beginn der Fünfzigerjahre weihte der Proßnitzer Rabbiner Dr. Schmiedl ein Bethaus in der Olmützer Littauergasse ein. Am 12. Mai 1865 kam es zur Gründung des „Israelitischen Cultus-Vereins“, dem Vorläufer der „Israelitischen Kultusgemeinde“ von 1894.

Schon um diese Zeit vereinigten sich die deutschen und tschechischen Antisemiten gegen sie. In Prag schlossen sich die Studenten beider Nationen, die sonst Todfeinde waren, gegen die Juden zusammen (MT 13.8.94). Die Tschechen nahmen den Kampf auf in der Gewißheit, dadurch das Deutschtum in den böhmischen und mährischen Kleinstädten zu schwächen oder gar zu erledigen, die Deutschen aus ideologischen Vorurteilen. Die „Wiener deutsche Zeitung“ sah die nationalen Zustände in den Sprachinseln überhaupt nicht und verlangte schon 1894 eine reinliche Scheidung zwischen Juden und Ariern und forderte die Zusammenfassung der Juden zu einer eigenen Nation.

Die mittelalterlichen Judengemeinden hielten sich in den meisten Kleinstädten fast bis zur Jahrhundertwende, wenn auch in gemilderter Form. Sie unterhielten zum Teil eigene Schulen, z. B. in Loschitz seit 1782, in Aussee seit 1784, alle mit deutscher Unterrichtssprache. Für ihre Stellung in den Reihen der Deutschen in den gemischtsprachigen Gemeinden zogen sie sich vor allem die Gegnerschaft der Národní jednota zu. „Ursache dafür, daß Städte mit tschechischer Majorität ihre deutsche Verwaltung behielten“, stellte Richard Fischer rückschauend fest, „war die deutsche Bürokratie,

die tschechische Unwissenheit und die Juden. Diese gingen überall in Mähren mit den Deutschen, ja sie bildeten sogar die Avantgarde in der Slowakei und in der Hanna, überall, wo es ihnen Gewinn brachte. Sie hatten ihre politischen jüdischen Gemeinden, fanden Unterstützung in den Ämtern, ihre Erziehung in deutschen Schulen. Nirgends näherten sie sich den Tschechen, nicht einmal gesellschaftlich, verstanden sie nicht und zogen nur wirtschaftlich aus ihnen Gewinn. Sie verachteten uns, wählten gegen uns, unterstützten überall das Deutschtum und hielten es, auch wenn es nur eine Handvoll Deutsche und Juden gab. Politisch traten sie seit 1867 für den deutschen Zentralismus in Österreich ein. Darum nannte man sie auch ‚ústaváci‘ (= Verfassungstreue), und das bewirkte, daß die Regierung und die Deutschen sie als Bundesgenossen gegen die Tschechen schätzten, die nach dem ‚böhmischen Staatsrecht‘ verlangten, nach Gleichberechtigung und wirtschaftlicher Stärkung. Dadurch öffnete sich zwischen Juden und Tschechen ein tiefer Abgrund, der sich nicht schließen läßt“ (Fr. 81).

Das wirtschaftliche und politische Potential der Juden war in Mähren jedenfalls wesentlich größer, als es ihrer Zahl entsprochen hätte. Ihre Abwanderung aus den Ghettos in die größeren Städte erhellt nachfolgende Übersicht:

	1830	1848	1857	1869	1880	1890	1900
Olmütz	—	—	72	747	1254	1306	1676
Aussee	656	525	602	229	162	136	101
Loschitz	351	483	458	284	180	180	115
Gewitsch	779	989	963	462	196	163	121

Wir wissen z. B. von den Olmützer Gemeindewahlen des Jahres 1894, daß die Juden eine eigene Wählerversammlung im großen Saal der Handelskammer abhielten, und daß in einem öffentlichen Aufruf Wilhelm Briß seine „Herren Glaubensgenossen“ aufforderte, sich an der Wahl zu beteiligen (d. h. die Deutschen zu wählen), obwohl der 2. Wahlkörper am Versöhnungstag zur Wahl aufgerufen wurde, also an einem jüdischen Feiertag, der eigentlich politische Betätigung verbot (MT 27. 10. 94).

Im gleichen Jahr trat auch schon der Plan zum Bau eines repräsentativen Tempels in Olmütz auf. Am 11. 4. 1897 wurde er unter Teilnahme aller jüdischen Gemeinden Mährens feierlich eingeweiht. Vier Jahre später wurde dann eine eigene Volksbücherei eröffnet, die bald, dank ausreichender und regelmäßig zufließender Mittel, sehr ansehnlich wurde. Ein eigenes jüdisches Vereinsleben aber entwickelte sich erst gegen 1910, als die antisemitische Bewegung in den deutschen wie in den tschechischen Vereinen zunahm, so daß für die Juden dort kein Platz mehr war (KO 387).

Die Gegnerschaft der Tschechen aber äußerte sich mit allem Nachdruck bei den wiederholten Exzessen und Plünderungen jüdischer Geschäfte und Wohnungen im Anschluß an die verschiedenen tábory, Protestkundgebungen gegen die österreichische Regierung, die auf Kosten der Juden ausgetragen wurden, ohne daß ihnen die Regierung auch nur einen ausreichenden Schutz gewährte. Nicht gegen Regierungsgebäude oder Rathäuser, sondern

gegen jüdische Geschäftsläden steuerten die tschechischen Redner die Abneigung ihres Publikums und behielten auch noch nach 1919 ihre ablehnende Haltung gegen die Juden bei, als diese schon längst versuchten, bei ihnen Anschluß zu finden.

Rufer im Kampf gegen die Juden waren im deutschen Lager vor allem die Alldeutschen, die ohne Überlegung die unter ganz anderen Verhältnissen geborenen reichsdeutschen antisemitischen Parolen übernahmen und dadurch, ohne es zu ahnen, wesentlich zum Verlust der einst deutschen, mittelmährischen Städte beitrugen und ihren Übergang in tschechische Verwaltung schon um 1900 mit herbeiführten. Der „Bund der Germanen“ bereitete sich besonders unter der Jugend aus und seine handlichen und einprägsamen Parolen fanden in den Städten der geschlossenen deutschen Sprachgebiete von Nord- und Ostmähren (Schönberg! Neutitschein!) großen Widerhall. Und wenn auch die Bünde „Wingolf“ und „Armin“ z. B. in Olmütz, dem Schlüssel für alle innerpolitischen Entwicklungen in Mähren, nur eine geringe Zahl von Mitgliedern aufwiesen, und wenn auch nur der Turnverein den „Arierparagraphen“ in seine Satzungen aufnahm, den der Nordmährerbund im Lauf von wiederholten Sitzungen ablehnte: der Wirklichkeitsfremde, sehnsüchtige Blick der deutsch-mährischen Jugend nach dem Lande Bismarcks, dem Traumland dieser Jugend seit 1900, trieb die jüdische Jugend aus den deutschen Vereinen ins tschechische Lager, das sie zwar ungern aufnahm, aber als tschechische Wähler doch akzeptierte. Vor allem waren es die christlich-sozialen Tschechen, die den Juden die Hand entgegenstreckten und sie mit dem Hinweis auf den offenen und versteckten deutschen Antisemitismus auch gewannen, wenigstens zu vorübergehenden Wahlbündnissen, wenn es gegen die unversöhnlichen Tschechisch-Nationalen oder gegen die Deutsch-Nationalen ging (MT 22. 8. 02).

1912 meldete das Tagblatt den ersten Versuch, zunächst russische Juden in Palästina anzusiedeln, nachdem Lord Kitchener die Gründungs-Urkunde, die das Siedlungsgebiet exterritorial erklärt, unterzeichnet hatte. „Zwar handelt es sich nur um russische Juden, aber wenn es jenen gut geht, so folgen ihnen noch andere, die wieder freie Bauern werden wollen wie ihre Väter es waren. Seltsamer Optimismus!“ ruft das Tagblatt aus (MT 14. 10. 12).

Damit aber fand der Zionismus in Mähren Eingang, der bald in scharfen Gegensatz zu den „Assimilationsjuden“ trat, die in ihrem Gastvolk aufzugehen versuchten; dies waren aber Spannungen, die dem durchschnittlichen Deutschen kaum zum Bewußtsein kamen.

\*

Damit wären wir am Ende des ersten Teils dieser Arbeit angelangt. Er wollte zeigen, welche politischen Maßnahmen, welche gewerblichen, politischen und kulturellen Kräfte und Institutionen den Volkstumskampf Mittelmährens prägten und die Umvolkung dieses Raumes bewirkten. Das Kapitel über die Kirche sollte vor allem zeigen, wie eine ursprünglich völkisch neutrale Institution nach und nach in den Sog der nationalen Aus-

einandersetzungen geriet und durch die Tätigkeit tschechischer Landgeistlicher selbst zu einem bedeutsamen Instrument der tschechischen Volkstumspolitik werden konnte. Der Abschnitt über die Rolle des jüdischen Bevölkerungsteiles in der nationalen Auseinandersetzung macht dagegen klar, daß der tschechische und der deutsche Antisemitismus recht unterschiedliche Ursachen hatte und sehr verschiedene Folgen zeitigte. Die ursprünglich dem Deutschtum eng verbundenen Juden gerieten durch den deutschen Antisemitismus in eine Isolierung, die sie zwangsläufig dazu brachte, ungeachtet der tschechischen Judenfeindschaft auf die slawische Seite zu treten, die allenthalben im siegreichen Vordringen war.

Im zweiten Teil der vorliegenden Arbeit, der im nächsten Bande des „Bohemia-Jahrbuches“ erscheinen wird, soll am Schicksal einiger mährischer Städte, vor allem am Schicksal von Olmütz, Schritt um Schritt dargelegt werden, wie sich die im ersten Abschnitt behandelten nationalpolitisch bedeutsamen Kräfte und Institutionen nun jeweils an Ort und Stelle auswirkten.

## QUELLEN-NACHWEIS

- Brl. Josef Breitschädel, Der Wirtschaftskampf des Deutschtums im Littauer Bezirk. Dissertation. Erlangen 1947.
- Dt.Arb. Deutsche Arbeit. Monatsschrift für das geistige Leben der Deutschen in Böhmen. 1912.
- Fr. Richard Fischer, Národnostní vývoj na severní Moravě od roku 1848. Olmütz 1932.
- KL Hans Kux, Geschichte der Stadt Littau, o. J.
- KN ders., Geschichte der kgl. Stadt Mährisch-Neustadt. 1923.
- KNot. ders., Handschriftliche Notizen, Tagebücher, Aufsätze, im Besitz seiner Tochter Luise Steiger.
- KO ders., Geschichte der kgl. Hauptstadt Olmütz. 1937.
- KSpr. ders., Die deutschen Siedlungen um Olmütz. Ein Volksbodengeschichtliches Quellenwerk. 1943.
- Ltg. Protokolle des Mährischen Landtages.
- M. Hermann Münch, Böhmisches Tragödie. Das Schicksal Mitteleuropas im Licht der tschechischen Frage. 1949.
- MauPr. Bruno Mauler, Protokoll 1918 (ungedruckt).
- Mor. Moravia. Zeitschrift für Cultur und Leben. Jg. I ff.
- MT Mährisches Tagblatt, Olmütz, Jgg. 1883—1915.
- Nm. Mitteilungen des Vereines Nordmark, Troppau.
- Progr. Programme der k. k. Staatsgymnasien in Olmütz und Kremsier.
- SpOR. Special Orts-Repertorium von Mähren, 1885, 1893, 1906.
- Stat.Jb. Statistisches Jahrbuch der Hauptstadt Olmütz, Jg. 1 ff.
- Steino. Anton Steiger, Notizen und Aufsätze (ungedruckt).
- StiSt. Wilhelm Stief, Geschichte der Stadt Sternberg. 1928.
- Tay. A. J. P. Taylor, The Habsburg Monarchy 1809—1918. 1948.
- TeiMü. Eduard Teichmann, Geschichte der Stadt Müglitz. 1942.
- Wisk. Elisabeth Wiskeman, Czechs and Germans. A Study of the Struggle in the Historic Provinces of Bohemia and Moravia. 1938.
- ZimKr. Richard Zimprich, Kremsier, in: Mährisch-schlesische Heimat, Jg. 1955/56.